



Wortprotokoll

Der 45. Sitzung vom 19. Oktober 1979

Resoconto integrale

della seduta n. 45 del 19 ottobre 1979

VIII. Legislatur
VIII Legislatura
1978 - 1983



SEDUTA 45. SITZUNG

19.10.1979

INDICE

Accettazione delle dimissioni del consigliere provinciale Avv. Anselmo Gouthier	pag. 4
Giuramento del neo-consigliere provinciale Sig.a Grazia Barbiero-De Chirico	pag. 4
Mozione n. 43/79, del 19.9.1979 presentata dai consiglieri provinciali Gouthier, Stecher, D'Ambrosio e Sfondrini, concernente l'insegnamento facoltativo della seconda lingua nella scuola materna	pag. 5

INHALTSANGABE

Annahme des Rücktritts des Landtagsabgeordneten Dr. Anselmo Gouthier	Seite 4
Vereidigung der neuen Landtagsabgeordneten Frau Grazia Barbiero-De Chirico	Seite 4
Beschlußantrag Nr. 43/79 vom 19.9.1979, eingebracht durch die L.Abg. Gouthier, Stecher, D'Ambrosio und Sfondrini, betreffend den fakultativen Unterricht der zweiten Sprache im Kindergarten	Seite 5

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dr. Erich ACHMÜLLER

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.10 UHR

(*Appello nominale - Namensaufruf*)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Entschuldigt haben sich die Abg. Müller, Pasqualin und Messner.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP): (*Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale*)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Hier ist eine schriftliche Richtigstellung vom Abg. Langer gekommen und der wird Rechnung getragen.

Der Abg. Erschbaumer hat das Wort.

ERSCHBAUMER (SPS): Ich glaube, daß ich es nicht so gesagt habe, wie es hier im Protokoll steht. Im Protokoll steht: „Erschbaumer macht den Präsidenten verantwortlich für die Durchführung des Beschlusses“.

Ich glaube, ich habe gesagt, der Beschluß richtet sich nicht an die Landesregierung, sondern an den Landtag, daher an den Präsidenten, und ich habe den Präsidenten aufgefordert, daß er dazu Stellung nimmt. Ich glaube, das wäre die richtige Interpretation. Nicht verantwortlich für die Durchführung, sondern den Beschluß an den Landtag gerichtet.

PRÄSIDENT: Abg. Erschbaumer, können wir Sie ersuchen, daß Sie das vielleicht kurz formulieren und vorlegen. Dann wird Ihrem Einwand Rechnung getragen.

Landesrat Zelger hat sich zu Wort gemeldet.

ZELGER (Assessor für Schule und Kultur - SVP): Ich möchte nur ersuchen, eine kleine Richtigstellung vorzunehmen im Protokoll mit Bezug auf die vormittägige Sitzung, wo, wenn ich richtig gehört habe, im Protokoll steht „Landesrat Zelger spricht im Namen der Landesregierung.“ Ich habe ausdrücklich gesagt, ich spreche im Namen der deutschen Mitglieder der Landesregierung.

PRÄSIDENT: Danke, es wird auch diesem Einwand Rechnung getragen.

Bitte, Abg. Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (SPS): Um späteren Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wäre ich froh, Herr Präsident, wenn Sie den Art. 42 interpretieren, wo es heißt: „Sollte eine Abstimmung erforderlich werden, so erfolgt diese durch Erheben der Hand“. In welchem Falle könnte zum Protokoll eine Abstimmung erfolgen? Könnten Sie das jetzt schon sagen, wie Sie das interpretieren, damit wir uns in Zukunft danach halten können.

PRÄSIDENT: Ich glaube, wenn das Präsidium sich den Einwänden, die kommen, anschließt, dann ist eine Abstimmung überflüssig. Sollten jedoch unterschiedliche Meinungen herauskommen in Bezug auf die Ergänzung oder Richtigstellung des Protokolles, dann würde eine Abstimmung unter Umständen notwendig sein.

Mitteilungen des Präsidiums:

– Durch den Abg. Lunger ist eine Anfrage eingebracht worden, und zwar die Anfrage Nr.180 vom 18. Oktober 1979, betreffend die Straße Mühlbach-Meransen.

– Weiters wurden 2 Beschlußanträge eingebracht: Nr. 51/79, eingebracht durch den L. Abg. Erschbaumer am 17. Oktober 1979, betreffend Abänderung des Landesgesetzes über die Nutzungsrechte, und Nr. 52/79, eingebracht durch die L.Abg.en Pasquali, Balzarini, Molligioni, Ferretti und Pasqualin am 18. Oktober 1979, betreffend das Wohnungsproblem.

Der Abg. D'Ambrosio hat sich zu Wort gemeldet.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Sull'ordine dei lavori, signor Presidente. Come i colleghi sapranno, ieri il Consiglio regionale ha esaminato e accolto le dimissioni del nostro compagno Gouthier, e il Consiglio regionale medesimo ha provveduto ad accettare, secondo quanto previsto dalle leggi e dai regolamenti la sua sostituzione con un nuovo consigliere. L'art. 40 del nostro Regolamento interno prevede una modalità per l'inserimento di nuovi punti all'ordine del giorno, e cioè che qualora la maggioranza qualificata del Consiglio provinciale lo ritenga, può inserire dei punti all'ordine del giorno. Questo per inserire, su proposta nostra, l'argomento del giuramento del Consigliere e compagna Grazia Barbiero-De Chirico, per rispettare quanto dicono anche gli artt. 29 e 49 dello Statuto di autonomia, relativi al fatto che i consiglieri regionali prima di essere ammessi all'esercizio delle loro funzioni, debbono prestare il giuramento. In questo senso, Signor Presidente e colleghi, io chiedo che sia inserito all'ordine del giorno questo argomento, per consentire al Consiglio stesso, nonché al neo consigliere il pieno esercizio delle sue funzioni.

PRÄSIDENT: Wie Sie wissen, meine Kolleginnen und Kollegen, ist also gestern der Rücktritt der Abg. Gouthier im Regionalrat angenommen worden und die Neuaufnahme der Abg. Barbiero dort beschlossen worden. Ich glaube, man kann nichts dagegen haben, daß dieser Tagesordnungspunkt auch hier eingefügt wird,

aber auf alle Fälle möchte ich Gelegenheit geben, falls Einwände sind, diese auch vorzubringen.

Bitte, Abg. Langer.

LANGER (NL-NS): Herr Präsident. Ich glaube, daß der Antrag des Kollegen D'Ambrosio nicht zur Abstimmung gestellt werden sollte, sondern selbstverständlich als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden muß. Denn die Vollständigkeit des Landtages ist sowieso Voraussetzung für das weitere Vorgehen und wenn wir jetzt theoretisch annehmen, daß der Punkt nicht die 3/4-Mehrheit bekäme (man könnte ja annehmen, daß in der geheimen Abstimmung dieser Punkt nicht die notwendige 3/4-Mehrheit bekäme), würde das praktisch bedeuten, daß die Mehrheit des Landtages die Vollständigkeit des Landtages verhindern könnte. Deswegen glaube ich, daß ebenso wie die seinerzeit die Ersetzung des Kollegen Dalsass durch den Kollegen Zingerle und die Neuwahl des Präsidenten vom Präsidenten von Amts wegen auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, glaube ich, daß auch in diesem Fall nicht abzustimmen ist, sondern selbstverständlich vom Präsidenten her dieser Punkt als vorrangig auf die Tagesordnung gesetzt werden müßte, andernfalls würde es bedeuten, daß eine Mehrheit im Landtag unter Umständen ein, sagen wir in diesem Fall sogar schon im Regionalrat bereits schon eingesetztes Landtagsmitglied für eine gewisse Zeit den Arbeiten fern halten könnte.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente! Colleghi! Sono convinto che non ci saranno questioni di sorta per questo problema, perché sono altrettanto convinto che i consiglieri prenderanno atto di quello che ho suggerito, però badate che noi siamo conseguenti a quanto ha deliberato ieri il Consiglio regionale. Infatti, non si poteva mettere all'ordine del giorno una cosa che non si sapeva; esaspero evidentemente, ma l'ipotesi può anche essere questa. Solo ieri il Consiglio regionale ha esaminato e approvato le dimissioni del nostro compagno Gouthier, sicché il Presidente, non poteva mettere all'ordine del giorno una cosa di cui non si sapeva come veniva esaminata, se veniva esaminata e quale risultato dava in Consiglio regionale. Ad ogni buon conto, dato che ritengo la questione solamente di ordine formale, ritenendo che sul piano politico-procedurale i colleghi converranno con quanto noi diciamo, io credo che sia giusto per il momento attenerci all'art. 40 del Regolamento interno e superare senza indugio ogni ulteriore discussione per fare quanto ci compete.

DUBIS (SVP): Herr Präsident! Ich habe vor einigen Tagen hier in diesem Saal daran erinnert, daß es zu den Gepflogenheiten des Landtages gehört, nicht abzustimmen oder nicht eigene Punkte vorzuziehen, wenn es sich um die Arbeiten des Landtages handelt. Beispielsweise der neue Stundenplan, den wir besprochen hatten. Ich

glaube, wenn der neue Stundenplan auf diese Art und Weise zur Abstimmung gelangen kann, dann umso mehr ein Punkt, der die Mitglieder des Landtages überhaupt betrifft. Deshalb sind wir ohne weiteres bereit, diesen Punkt zu akzeptieren, ohne daß da eine Geheimabstimmung mit irgendeiner besonderen Mehrheit erforderlich sei.

PRÄSIDENT: Ich glaube, wenn keine Einwände von keiner Seite mehr sind, daß wir diesen Punkt sofort behandeln, dann würde ich mir die Abstimmung ersparen. Sollte jemand darauf bestehen, dann machen wir eine Abstimmung, bei der eine Dreiviertel mehrheit erforderlich ist. Das scheint nicht der Fall zu sein, deshalb behandeln wir den Punkt gleich als Tagesordnungspunkt Nr. 1.

Ich glaube, daß wir den Rücktritt des Abg. Anselmo Gouthier zur Kenntnis zu nehmen haben, nachdem er gestern bereits in der Region zurückgetreten ist, als Regionalratsabgeordneter, bzw. dessen Rücktritt angenommen worden ist. Wir stellen fest, daß die nächste nicht gewählte Kandidatin auf der Liste des PCI-KPI Frau Grazia Barbiero-De Chirico ist, die vereidigt werden kann.

Ich bitte die Abgeordneten, sich zu erheben. Ich verlese die Eidesformel und ersuche die neue Abgeordnete, mit „Ich schwöre“ zu antworten.

„Ich schwöre, der Republik treu zu sein und mein Amt nur zum untrennbaren Wohl des Staates und der Provinz auszuüben“.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI-KPI): Lo giuro.

PRÄSIDENT: Danke!

Damit ist die Frau Barbiero Grazia Vollmitglied des Landtages. Ich möchte ihr als Mitglied dieses Landtages gratulieren und wünsche ihr eine erfolgreiche Arbeit in diesem Gremium.

Der Abg. D'Ambrosio hat sich zu Wort gemeldet.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Sull'ordine del giorno, signor Presidente. Credo che, come è consuetudine, mi sia consentito, in un lasso di tempo molto breve cogliere l'occasione dell'avvicendamento del nostro compagno Gouthier con la compagna De Chirico, di rinnovare i ringraziamenti di noi comunisti, di coloro che hanno ribadito la fiducia verso il compagno Gouthier; per il contributo che ha dato, anche in quest'aula, fin dal 1964, periodo cui ricorre l'inizio della sua attività. Il nostro compagno Gouthier evidentemente non lascia l'attività politica, ma intende meglio utilizzare il tempo disponibile dell'attività alla quale è chiamato in qualità di parlamentare europeo che gli consentirà di essere legato anche alle popolazioni della nostra terra. Dunque, è un commiato diverso da altri tradizionali di chi cessa o passa definitivamente in altro campo; è un saluto e un arrivederci che tutti noi avremmo modo di poter verificare.

Contemporaneamente, mi sia consentito di rinnovare alla compagna De Chirico l'augurio di buon lavoro, di potersi cimentare con questa nuova esperienza, certi che saprà portare avanti quelle politiche, quegli impegni, così come fino ad oggi sviluppati in Consiglio comunale a Merano o nell'attività di partito, in direzione di tutte le donne, in modo particolare, di ogni gruppo etnico e delle loro problematiche e dei problemi dei lavoratori in senso generale, sul terreno precipuo dell'autonomia e della Costituzione repubblicana più in generale.

PRÄSIDENT: Ich möchte mich meinerseits auch dem anerkennenden Wort des Abg. D'Ambrosio anschließen und auch namens des Präsidiums, dessen Mitglied der Abg. Gouthier auch war, das heißt, das was ich gesagt habe, gilt auch im Namen des Präsidiums, dessen Mitglied der Abg. Gouthier auch war. Ich glaube, daß die seriöse Arbeitsweise und die menschlichen Qualitäten des Abg. Gouthier sicherlich unsere Wertschätzung gehabt hat und wir wünschen ihm alles Gute in seiner Tätigkeit auf anderer Ebene.

Damit gehen wir zur Behandlung der Tagesordnung über.

Punkt 18 der Tagesordnung: „*Beschlußantrag Nr. 42/79, betreffend die Festsetzung des Höchsteinkommens der Mieter von geförderten Wohnungen*“.

Punto 18) dell'ordine del giorno: „*Mozione n. 42/79, concernente il reddito massimo degli affittuari di alloggi dell'edilizia agevolata*“.

Bitte, Abg. D'Ambrosio, Sie haben um das Wort er sucht.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Il caso vuole che sia la terza volta che intervenga sull'ordine del giorno; „non c'è due senza tre“: è un vecchio adagio che viene confermato. Signor Presidente, si tratta di questo. Noi abbiamo presentato una mozione relativa alla determinazione dei canoni dell'IPEAA; l'altro ieri in Consiglio provinciale abbiamo avuto modo di leggere, ma non di approfondire, una mozione sullo stesso argomento firmata, se ben ricordo, dai consiglieri Franzelin e Achmüller. Non ho ben compreso, ma mi pare d'aver capito che oggi Lei ha annunciato la presentazione di una mozione sulla casa e può darsi che tratti il medesimo argomento. Il consigliere Pasquali me lo conferma. Pertanto, dato che noi siamo estremamente convinti dell'opportunità di andare agli accorpamenti delle mozioni o delle interrogazioni, siamo consenzienti a proporre il rinvio di questa discussione per consentire sia la maturazione del periodo previsto tra la presentazione di una mozione e la sua trattazione, sia per consentire, in questo caso a noi tutti consiglieri e dunque ai gruppi, di esaminare questi documenti in modo più approfondito, e mi riferisco sia alla mozione di ieri l'altro, sia alla mozione ricordata dal Presidente che ancora non abbiamo avuto modo di leggere. Signor Presidente e cari colleghi, detto questo, riteniamo che la pre-

sentazione delle successive seconde mozioni confermino la validità della nostra iniziativa, per cui auspichiamo anche che si possano andare a trovare quei momenti di convergenza per consentire di affrontare serenamente e in modo positivo l'argomento che abbiamo inteso sottoporre.

Per questo chiedo sia sospesa la trattazione della mozione da noi presentata.

PRÄSIDENT: Ich möchte Ihrem Wunsche nachkommen und die Behandlung des Beschlußantrages Nr. 42 aussetzen bis zur nächsten Sitzung.

Punkt 19 der Tagesordnung: „**Beschlußantrag Nr. 43/79, betreffend den fakultativen Unterricht der zweiten Sprache im Kindergarten**“.

Punto 19) all'ordine del giorno: „**Mozione n. 43/79, concernente l'insegnamento facoltativo della seconda lingua nella scuola materna**“.

Vorausgeschickt

daß sich in den letzten Tagen die Polemik über die Interpretation des Autonomiestatuts bezüglich des Unterrichts der zweiten Sprache auch im Kindergarten neu entzündet hat;

daß jenseits jeder juridischen Interpretation und jeder technispädagogischen Beurteilung das lebhafteste Interesse, vor allem der italienischen Sprachgruppe, an einer weiter verbreiteten und wirksameren Erlernung der zweiten Sprache außer Zweifel steht;

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung das Problem einer prüfung zu unterziehen und diesbezüglich eine positive Haltung einzunehmen, unter Berücksichtigung der bisher in verschiedenen Kindergärten gemachten Erfahrungen und Experimente sowie der Notwendigkeit, den fakultativen Unterricht der zweiten Sprache auch auf dieser Ebene in jeder Hinsicht ernstlich zu fördern.

IL CONSIGLIO PROVINCIALE

premesse

che nei giorni scorsi sulla stampa locale si è riaccesa la polemica sulla interpretazione dello Statuto di autonomia a proposito della possibilità - o meno - dell'insegnamento della seconda lingua anche nella scuola materna;

che al di là di ogni interpretazione giuridica e di ogni valutazione tecnico-pedagogica è indubbio il vitale interesse, soprattutto del gruppo di lingua italiana, a un più diffuso ed effettivo apprendimento della seconda lingua;

impegna

la Giunta provinciale ad esaminare il problema e ad assumere un orientamento positivo in ordine al medesimo, tenendo conto delle esperienze e delle sperimentazioni fino ad ora sviluppatesi in diverse scuole materne e dell'esigenza di promuovere l'insegnamento facoltativo

della seconda lingua anche a questo livello, comunque secondo criteri di rigore e di serietà sotto ogni profilo.

Das Wort hat Abg. D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, cari Colleghi, nella conferenza dei capigruppo - credo non senza torto - abbiamo assistito all'intervento di alcuni colleghi, i quali rilevavano come certe nostre discussioni potessero apparire abbastanza dispersive o improduttive. Evidentemente queste cose sono opinabili, però, soprattutto alla luce anche delle esperienze maturate, alcuni colleghi rilevavano, in verità con ragione, come si potrebbero a volte condensare certe discussioni; e tutti noi abbiamo cercato di dare un contributo in questo senso. Temo, e non me ne vogliano i colleghi, che questa volta mi risulti difficile rispettare questo impegno, non per cattiveria, cattiva volontà o pigrizia mentale, ma perché un argomento di questo genere, certamente delicato, vuoi dal punto di vista didattico, vuoi dal punto di vista politico più in generale, deve consentire al Consiglio provinciale un esame più approfondito della mozione, di cui naturalmente auspichiamo l'approvazione nello spirito, se non totalmente nella lettera, dicendo subito che siamo più che disponibili ad esaminare e ad accogliere proposte, suggerimenti o emendamenti, che però puntino nella direzione che noi abbiamo voluto indicare. Ebbene, detto questo, ritengo proprio che per affrontare i diversi e molteplici aspetti di ordine scientifico, culturale, politico più generale necessiti un po' di tempo in più.

Questa premessa per incominciare a dire come questo problema dell'insegnamento volontario, facoltativo, non impositivo della seconda lingua, e in modo particolare come la mozione propone, come la petizione lanciata dal nostro partito, tra i cittadini della nostra provincia e che raccoglie consensi vastissimi e ampi, sia un problema maturo da tempo. Crediamo, tutto sommato, di poter dire, cari colleghi, che non scopriamo evidentemente un problema nuovo, ma desideriamo portarlo ad un livello più alto di maturazione e di soluzione positiva. L'attenzione rivolta a questo problema porta a dire come dei genitori abbiano automaticamente intrapreso iniziative tendenti all'insegnamento della seconda lingua - in questo caso della lingua tedesca - in modo sperimentale nelle scuole materne. Detto questo, noi siamo altrettanto convinti che proprio perché facoltativo, non impositivo, bisogna tener conto dei livelli di maturazione diversi o delle esigenze diverse in questa o in quella scuola per lingua di insegnamento o madrelingua.

Alcuni hanno ritenuto di dover sottolineare il fatto, ad esempio, che nella scuola in lingua tedesca sia più importante porre l'accento su un apprendimento, il più corretto possibile, superando nel bene e nel male aspetti „dialettali”. Naturalmente non resta che prendere atto di questo, e proprio perché - insisto ancora una volta - è facoltativo questo tipo di insegnamento della seconda lingua fin dalle scuole materne, deve però egualmente con-

sentire l'esercizio a quelli che ritengono di cimentarsi con questa sperimentazione. Nessuna forzatura, dunque, ma cogliere un fatto maturato da anni che vede esperienze consolidate nelle scuole materne, in più località della nostra provincia, del nostro territorio.

Ma un tratto politico, che credo sia giusto venga registrato in Consiglio provinciale, è un altro ed è quello che non esitiamo a definire molto positivo e molto avanzato: il fatto cioè che larghi settori di opinione pubblica, di cittadini di gente che ha diversa collocazione politica o ideale sia favorevole per l'apprendimento della seconda lingua.

Ora noi non ci siamo mai stancati di dire e di ripetere che è fondamentale l'apprendimento della seconda lingua, ma non evidentemente solo nella nostra provincia, proprio nella misura in cui procedono certi processi a livello europeo e mondiale. Non so quanti di voi, cari colleghi, ieri sera hanno avuto modo di assistere alla interessante trasmissione televisiva, abbastanza articolata anche politicamente, tra il cancelliere della Repubblica Federale Tedesca e alcuni personaggi delle vicende politico-sociali del nostro Paese; ecco una dimensione che è quotidiana, che è qui, che si vive giorno per giorno. Vi confesso che se pur apprezzabile il livello di comprensione, tanto il cancelliere Schmidt, quanto gli altri personaggi, se non tutti, una gran parte hanno avuto bisogno dell'auricolare e del traduttore. Non sarà una novità per nessuno che queste cose a volte possono portare a dei fraintendimenti, ma se questo avviene a quel livello figuriamoci qui da noi, dove quotidianamente si deve vivere un'esistenza, gomito a gomito, giorno per giorno. Ecco dunque l'aspetto che io desidero ancora una volta sottolineare.

Ci sono strati vasti di opinione pubblica che autonomamente, non spontaneamente, hanno cercato di organizzare alla bene meglio un'insegnamento, un apprendimento precoce della seconda lingua, per dare una prospettiva alle loro creature, per fornirli di uno strumento che servirà certamente per un'attività professionale, non meno che per una comprensione nel senso più vasto del termine. E noi, che siamo impegnati da sempre per una convivenza pacifica, anche in questa situazione in cui emergono tensioni e contrapposizioni nazionalistiche, che tutte le forze serie e responsabili hanno registrato, crediamo che questo sia un contributo, quello appunto della comprensione linguistica, per un reciproco apprezzamento e comprensione dei problemi e per un arricchimento culturale e che vada nella direzione giusta per evitare di trovarsi in questa situazione.

Ma non solo il Consiglio provinciale di Bolzano ha avuto modo nel passato di esaminare e discutere questo problema, perché voi sapete (alcuni colleghi per diretta esperienza) che anche il Comune di Bolzano in passato approvò una delibera tendente a questo tipo di insegnamento. Mi perdonerete se non sono in grado di dire come era congegnata la disposizione nei suoi minimi dettagli; sappiamo che il Comune di Bolzano approvò questa deli-

bera, attraverso il suo regolamento, che la Provincia di Bolzano in qualità di organo tutorio la respinse, ma che poi il Consiglio di Stato ritenne di dare ragione alla delibera del Consiglio comunale di Bolzano. Questo per dire che il problema non solo in Consiglio provinciale, ma anche in questa assemblea elettiva era presente, come credo sia presente anche in altri momenti elettivi. L'argomento consente anche un raffronto ravvicinato sulle diverse posizioni politiche assunte da diversi uomini che reggono le sorti, direttamente o indirettamente, di questa nostra terra. Però mi consentirete, non certo per amore di polemica, ma come momento che coglie una palese contraddizione attorno a questo problema, di entrare nel merito dell'intervista che il nostro Presidente della Giunta provinciale ha ritenuto di rilasciare non più tardi di lunedì scorso su un quotidiano: „Il Messaggero.” Titolo: „Magnago: è colpa del Governo se la gente non vuole il bilinguismo”, e poi nell'articolo sviluppa il concetto di questa affermazione. Ora, noi ribadiamo che il Governo ha responsabilità enormi, sia per quanto riguarda le questioni passate, sia per alcune questioni contingenti, ritardi, deformazioni, incapacità di cogliere il nuovo emerso dalla seconda guerra mondiale e dalla lotta per la liberazione, dai patti che si sono presi sul piano anche internazionale, ecc.. Dunque, non facciamo sconto alcuno delle responsabilità dei Governi in ordine all'insieme delle situazioni che si sono venute a creare nella nostra provincia. Ma detto questo, e, ripeto, senza sconto alcuno, qui ci sono delle competenze, delle potestà legislative già operanti a livello di Provincia, per cui non si può rilanciare sul piano della corresponsabilità dicendo: è colpa tua, e dall'altra parte, magari, rispondere la stessa cosa, e in questo rimpallo assistere passivi ad una situazione che si muove di per sé, di gente che chiede, che vuole fare un passo in avanti e alla quale non si dà un qualche cosa di più consolidato, di più organizzato, di più efficiente dal punto di vista didattico e scientifico. Questo è il discorso che dal punto di vista politico deve emergere! Non si può più solo o soltanto riferirsi al passato, che pure esiste e pur pesa; bisogna incominciare a vedere intanto qui, con le competenze legislative, con gli ingenti mezzi finanziari disponibili, che cosa noi autonomamente possiamo fare per consentire alle nostre popolazioni di comprendersi sempre di più, fermo restando - anche qui non vorrei si dimenticasse - le peculiarità di ciascun gruppo etnico o linguistico. Dunque, è una volontà politica che deve emergere e che abbia come traguardo una prospettiva di quale società costruire, dove la gente si comprenda, a incominciare dalla lingua, e si comprendano tutti i processi storici e gli antefatti che hanno portato a questa o a quella situazione, ma non per incancrenirvisi sopra, quanto per andare avanti.

È stata accennata in occasione del dibattito attorno al cosiddetto „scambio” degli studenti nei licei meranesi o altrove per quanto riguarda la cosiddetta provincializzazione - presumo che il tema venga fuori anche oggi nel

dibattito - la questione dell'art. 19 dello Statuto di autonomia. Io lo so che si possono dare anche diverse interpretazioni, ma noi dobbiamo avere quella duttilità politica, quella saggezza e lungimiranza, che tenga conto non solo dello spirito attraverso il quale il legislatore (prima la commissione dei diciannove) approdò all'articolo in questione, ma un'esigenza minima che attraverso l'art. 19 si è voluta garantire, ovvero laddove si dice „per quanto riferito al periodo che l'insegnamento avviene a far tempo dalla seconda classe elementare” non significa che sia impedito prima, tanto più se a livello sperimentale come viene richiesto da noi. Questo è il ragionamento, lo spirito, la chiave di lettura che noi intendiamo dare all'art. 19, per evitare cioè che nel tempo si diluisca questo aspetto della seconda lingua, al punto di divenire così improduttivo, così insufficiente, così inadeguato, da non consentire non solo un minimo di conoscenza, ma di non consentire ai cittadini della nostra provincia una elementare, ma indispensabile prova per uno sbocco professionale, non fosse altro nella pubblica amministrazione, dove il requisito della seconda lingua è il passaporto per entrare.

Mi permetto di fare una modestissima osservazione sul disegno di legge dei deputati della Südtiroler Volkspartei, con il quale si intende aumentare l'indennità prevista dalla legge n. 1065 del 1961. In questo passo c'è la relazione che dice „per essere assunti occorre il patentino”. No, colleghi, non occorre il patentino per essere assunti, ma occorre il patentino per concorrere. La cosa è diversa, è ancora prima. Io presento la domanda dimostrando che ho già un requisito di conoscenza della seconda lingua, quindi ben prima dell'assunzione. Poi è inutile ripetere che in altri settori produttivi della nostra terra, anche senza obbligatorietà legislativa, vi è un obbligo di fatto della conoscenza della seconda lingua. Si provi ad introdurre nell'attività mercantile, commerciale in genere o turistico-alberghiera, uno che non conosce la seconda lingua: avrà degli handicap, avrà delle difficoltà. Sicché, oltre alle questioni di ordine generale, ecco quali sono le questioni obbligatorie che spingono ad un più celere, ma serio apprendimento della seconda lingua, per cui noi intendiamo dare un contributo in questo senso attraverso la non obbligatorietà, ma consentendo a chi lo desidera di fare.

Comunque, dicevo prima di genitori che da tempo si sono organizzati per perseguire e realizzare un desiderio anche che va oltre un carattere strettamente scientifico; sappiamo anche di persone che senza essere dentro il mondo della scuola sono state investite di questa opportunità. Conosco personalmente persone di questo tipo, che solo perché con sufficiente dimestichezza della seconda lingua, anche senza essere insegnanti, sono stati avvicinati da quei genitori che intendevano organizzare al di fuori dall'orario scolastico previsto, un qualche cosa per apprendere la seconda lingua. Voglio dire con questo che la sete è notevole. Ebbene, nonostante ci siano geni-

tori che si organizzano, che hanno raggiunto un livello di maturazione avanzato, una positività senza ombra alcuna, noi abbiamo assistito in questi giorni ad una risposta, che non è più solo contraddittoria, ma che qualcuno può interpretare anche in termini provocatori: l'impedimento a proseguire nelle situazioni già consolidate. Si nega da parte della Provincia autonoma di Bolzano ed evidentemente delle forze politiche che la compongono, la possibilità di andare avanti. Ma come? C'è una situazione di fatto, c'è una situazione che risponde in questa direzione, e addirittura si tronca, si dice no! C'è il veto.

Allora questa risposta, che riteniamo molto negativa, credo debba consentire a noi altre brevi considerazioni. Da una parte l'esigenza di superare questa organizzazione dell'insegnamento e di andare appunto a consolidare su basi scientifiche i dati che servono, ma dall'altra parte una palese contraddizione tra alcune affermazioni del Presidente della Giunta provinciale, e i comportamenti reali. Ora, non ho preoccupazione alcuna di svelare chissaché, perché gli organi di informazione lo scorso anno si sono abbondantemente diffusi al riguardo, con interventi diretti dei protagonisti o comunque con resoconti. Nella primavera del 1978 venne in provincia di Bolzano una qualificata delegazione del Partito Comunista Italiano, presieduta dal compagno Senatore Cossutta, responsabile delle sezioni Regioni ad autonomie locali. Nell'ambito dei contatti e degli incontri ci fu una discussione con il Presidente della Giunta, Magnago, il quale tra le altre cose - ecco perché non ho preoccupazione di rivelare segreti alcuni - disse sul piano scolastico: „Ma, badate che se i cosiddetti italiani intendono fare delle cose, le facciamo pure, perché c'è l'Assessore all'attività culturale di lingua italiana; vadano pure avanti, l'importante è che non interferiscano con noi". Ora, a parte il fatto che questo non è giusto, perché il Presidente della Giunta provinciale è il Presidente di tutti i cittadini, come i nostri ministri, indipendentemente da come vengano eletti, sono Ministri della Repubblica Italiana, ma a parte questa considerazione, che è già di per sé abbastanza preoccupante, c'è questa sorta di scomposizione: „Se li avvengono delle cose, questo non ci riguarda." Non è che noi accettiamo questa impostazione o la condanniamo, ma essa non è neppure vera, perché se qualora questo fosse praticato, perché mai si dovrebbe impedire che nelle scuole materne ad insegnamento in lingua italiana questa sperimentazione proseguiva e venga addirittura consolidata, organizzata, migliorata. Ecco, dunque, come si intrecciano le contraddittorietà con gravi interpretazioni nella conduzione della cosa pubblica qui in provincia di Bolzano.

Non sto a ripetere altre considerazioni che ho già sviluppato per le turbative che vengono a generarsi tra i cittadini che vedono venir meno questa possibilità. Vi confesso che l'eco della nostra iniziativa, la raccolta delle firme per le petizioni che andrà ulteriormente avanti, registra anche questa sorta di contraccolpo, visto che si vuole

migliorare la situazione esistente. Dunque, ritorna un elemento conduttore della nostra iniziativa politica, di come cioè l'atteggiamento del Governo della nostra provincia attraverso i provvedimenti che ha preso o intende prendere non vadano a generare sfiducia nella gente, ma vedere sempre più invece lo strumento dell'autonomia come un modo concreto e ravvicinato per risolvere le tante e complesse situazioni che si stanno creando. Anche questo è un elemento politico, che io credo che le forze e gli uomini seri e responsabili che intendono costruire per il domani, debbono tenere ben presente. E tengano presente anche, i colleghi, dei risultati concreti dai quali non possiamo sfuggire, i risultati degli esami per l'accertamento della conoscenza della seconda lingua, di cui noi abbiamo avuto modo di portare anche delle statistiche. Non ci dobbiamo fare illusioni: vengono respinti tanto i cittadini di lingua italiana, quanto i cittadini di lingua tedesca, seppure in proporzione diversa, è vero. Ma ci sono severe critiche qualificate e scientifiche. Certo, il momento dell'esame per il cosiddetto patentino è un momento finale; a monte c'è tutta la fase dell'apprendimento, ma si apprende quando si insegna e si insegna con criterio, non scaricando magari la colpa sul cosiddetto corpo insegnante, perché anche questo va organizzato - noi abbiamo proposto nel passato l'istituto linguistico provinciale -, ma soprattutto vogliamo anche qui riportare le critiche severe ma anche costruttive, che non più tardi di qualche giorno fa, in un convegno organizzato dal „Forum für Bildung un Wissenschaft" in quel di Bressanone, sono state fatte, critiche, osservazioni severe, delle quali bisogna tenere conto.

Ma poi è chiaro che il problema spazia anche sull'insieme dei diversi livelli scolastici. Infatti, non dimentichiamoci mai che la nostra mozione, le nostre iniziative puntano al dato della scuola materna; ma non vorrei - lo dico subito - che delle persone evidentemente in buona fede credano o si illudano nel peggiore dei casi che il problema della seconda lingua si affronta e lo si risolve solo o prevalentemente a questo livello. Si inizia nella scuola materna per incominciare prima e possibilmente bene, ma poi il problema si deve sviluppare nella scuola dell'obbligo e successivamente.

E a questo punto credo di poter dire che non è più concepibile l'impostazione di apprendere la seconda lingua in provincia di Bolzano come una qualsiasi lingua straniera. Non si tratta della seconda lingua in provincia di Bolzano, come viene insegnata la lingua straniera a Verona, Roma, Palermo o altrove. No! È troppo poco; ed è troppo poco anche lì naturalmente, per quanto riguarda le altre lingue, se è vero come è vero che sul piano europeo, per non dire mondiale, veniamo criticati per essere tra quelli che statisticamente parlando conoscono di meno una seconda lingua. Ma mentre lì la questione si sposta prevalentemente sull'aspetto di ordine culturale, qui è un'esigenza di vita. Ecco la profonda differenza! Altre popolazioni e altrove, dove altre forze democra-

che hanno concorso evidentemente in un'unità di intesa a superare una visione angusta e limitata, a superare l'interpretazione della contrapposizione che è cosa diversa dall'identità etnica o linguistica, si sono fatte altre cose. Insisto su questo, perché non vorrei ci fossero fraintendimenti: non siamo ad auspicare nulla che sia calato dall'alto, ma debbono essere processi di maturazione. Voglio dire, però, che in altre parti del Paese, dove pur ci sono problemi di minoranza linguistica, dove pure ci sono problemi di difesa di identità, le questioni vengono affrontate con un altro spirito, perché le forze democratiche sono animate diversamente o perché i contesti in cui operano le forze democratiche sono più avanzati.

Mi permetterete di citare una legge costituzionale, che non ha differenza dal punto di vista del rango dal nostro Statuto di autonomia, e cioè lo Statuto di autonomia della Valle d'Aosta. *Titolo VI - Lingua e ordinamento scolastico art. 38: „Nella Valle d'Aosta la lingua francese è parificata a quella italiana”; art. 39: „Nelle scuole di ogni ordine e grado dipendenti dalla Regione, all'insegnamento della lingua francese è dedicato un numero di ore settimanali pari a quello della lingua italiana. L'insegnamento di alcune materie può essere impartito in lingua francese”; art. 40. „L'insegnamento delle varie materie è disciplinato dalle norme dei programmi in vigore dello Stato con gli opportuni adattamenti alle necessità locali”; poi dice che „tali adattamenti e tali materie sono approvati e resi esecutivi sentite le commissioni miste composte dei rappresentanti del Ministero e dai rappresentanti del Consiglio di Valle”.* Dunque, nulla senza il diretto coinvolgimento e la partecipazione. Ora, dire che questo pezzo di Statuto (legge costituzionale) sia auspicabile nella provincia di Bolzano, visto che siamo abituati ad essere realisti, diciamo che sarebbe pura e semplice utopia; molto opportunamente però, si sappia che il mondo gira, che gli uomini parlano e ascoltano, osservano e tengono conto delle cose che si muovono e della loro direzione e che se qui vengono registrati dei ritardi, non ci si fermi in contemplazione, ma si cerchi di superarli e migliorarli, di andare avanti.

Qui invece c'è il problema tanto dell'insegnamento quanto della formazione del corpo insegnante; e non ci stancheremo di dire e ribadire che a situazioni straordinarie occorrono mezzi straordinari. Non c'è da scandalizzarsi se, vuoi per la formazione del corpo insegnante, vuoi per l'inserimento di altri insegnanti, si debba andare a provvedimenti con assunzioni di docenti e insegnanti di altri Paesi, sapendo fra l'altro che queste cose possono avvenire sul piano europeo nei vari momenti di scambio culturali. Questo a maggior ragione da noi dove il fine ultimo deve essere intanto la possibilità di fornire la conoscenza della seconda lingua alle nostre popolazioni, ma anche per esercitare questo ruolo specifico, peculiare, per storia e collocazione geografica della nostra terra, di collegamento e di incontro tra più e diverse culture di questa Europa, se non vogliamo farne di questa parola un

qualche cosa di astratto, un guscio vuoto, senza contenuto.

Dicevo prima delle firme alla petizione che noi abbiamo lanciato. Voglio una volta tanto dire, in senso autocritico, che a volte anche il nostro partito non sempre ha il polso della situazione, perché le aspettative sono state largamente superate, perché l'adesione a questa iniziativa è andata e va oltre a quello che era legittimo pensare, il che vuol dire che non c'è distinzione culturale, linguistica o politica in questa direzione. Dico questo per avvertire diversi colleghi ad essere prudenti nell'assumere un atteggiamento negativo su questo problema, perché vi sono persone che riferiscono a diversi - e di molto diversi - partiti o ceppo linguistico o etnico. È un consenso di massa, del quale noi dobbiamo avere la massima considerazione. D'altronde, chi di voi non legge i giornali? Chi di voi non ha letto le diverse prese di posizione di persone distanti da noi, ma che convengono con questa iniziativa; e il fatto che ci siano stati imbarazzi attraverso lunghi silenzi che abbiamo constatato al riguardo, ci conferma che ci sono difficoltà da parte dei partiti o delle singole persone che hanno preso certi provvedimenti. Significa, dunque, richiesta di partecipazione attiva della gente che vuole avere sempre di più nelle proprie mani le proprie sorti. Sappiamo di iniziative parallele, ma non siamo affatto gelosi di questo; lo scopo è identico, l'obiettivo è unico. Vogliamo che altri concorrano al raggiungimento di questo obiettivo. Consigli di circoli, organi collegiali della scuola, interventi qualificati, ma di chi? Certo di insegnanti, di genitori, ma anche di persone che credo politicamente non siano - non è che ci piaccia - vicini a noi. Parlo, ad esempio, del pezzo che è stato pubblicato sul giornale „Adige” di venerdì 12 ottobre, di un sacerdote, il quale evidentemente intreccia la sua particolare esperienza con un suo compito anche sacerdotale e fa dei riferimenti. Dice: „In Germania, in molti asili tedeschi vengono impartite lezioni di lingua francese proprio su richiesta degli Elternbeiraten”. È un modo per copiare, qualche volta positivamente un modello „made in Deutschland”. E finisce dicendo: „Questo non lo dovrebbero dimenticare i responsabili politici di Bolzano, che da un lato richiedono ai cittadini, giustamente, la conoscenza delle lingue italiana e tedesca, e dall'altro lato pongono delle anomale limitazioni, che creano sempre profondi solchi di divisione tra le popolazioni di lingua italiana e tedesca. Non sono queste buone premesse per un'Europa dei popoli”. È un sacerdote, che dagli elenchi in nostro possesso non possiede la tessera del Partito Comunista Italiano, che non ho mai avuto il piacere di conoscere, che scrive su un giornale che credo abbia un riferimento politico. Anche a questi altri direte di no?

Detto questo, mi perdonerete, Signor Presidente e cari colleghi, se colgo l'occasione per fare un breve riferimento - un po' di spirito non guasta mai - ad un altro pezzo che abbiamo letto, sempre su questo giornale, dove, commentando le motivazioni del nostro partito per questa

iniziativa, ha ritenuto di dire che siamo più o meno in malafede - le parole testuali non le ricordo bene - nel dire in sostanza che non è vero che la Giunta non sia composta da rappresentanti di diversi partiti ecc. Io credo che vada ancora una volta ricordato che i componenti della Giunta sono quelli che il Consiglio ha eletto, e chi firma in qualità di Assessore, lo fa perché fa parte della Giunta ed è Assessore. E se alcuni ci sono e altri non ci sono, evidentemente è perché c'è una volontà politica anziché un'altra.

Ma detto questo, quando un giornale, attraverso la penna di un giornalista, per cercare di rimediare a delle nostre contro-deduzioni incomincia a scrivere che „in fin dei conti, cosa volete mai, il partito della Democrazia Cristiana conta come il „due di coppe”, io mi chiedo se non fosse stato meglio un buon silenzio o una carta bianca. Comunque, voglio dire, amici della Democrazia Cristiana, che la sigla DC vuol dire Democrazia Cristiana; se qualcuno lo vuole tradurre in „due di coppe”, sarà spiritosa, ma traetene anche le debite conseguenze e dimostrate di non contare come il „due di coppe”. Ma dato che la disputa non è solo spiritosa o giornalistica, quanto piuttosto politica, si sia conseguenti a queste cose, altrimenti vale ancora il detto dialettale che circola nella regione; cioè che „el tacon l'è pezo' del buso” e tanto valva lasciare le cose come stavano.

Fatta quest'altra parentesi, che però va finalizzata all'eco, all'interesse, alla volontà positiva di cui più volte ho posto in evidenza il dato, mi avvicino alla conclusione per dire che bisogna dare una risposta in avanti. Vi sono in queste dimostrazioni o vi possono essere delle interpretazioni difformi. A nostro modesto parere, per la parte politica che qui rappresentiamo, per il lavoro che abbiamo fatto in altre sedi istituzionali come dell'opinione pubblica, noi riteniamo di tradurla in questa maniera, questa spinta di gente, di cittadini, di settori ampi di opinione pubblica, che non solo accettano il discorso che è stato fatto in passato, lo Statuto di autonomia, ma vogliono attraverso questo Statuto di autonomia sapersi dare un domani più certo e più sicuro. Per queste ragioni, siamo aperti ai contributi e ai suggerimenti che le parti politiche ci vogliono sottoporre. Detto questo, auspichiamo che il Consiglio provinciale si faccia carico di questi problemi, si faccia carico della spinta di questi insegnanti, non insegnanti, genitori, alunni, di chiunque in sostanza ha scelto di percorrere questa strada in avanti e positiva. E quando si parla ancora una volta di collegamento delle istituzioni con le opinioni pubbliche, non si vada poi a parlare di distacco o di superamento dei partiti e delle istituzioni. Per la parte che ci compete il nostro lavoro lo abbiamo fatto e continueremo a farlo, per cui se il distacco ci sarà tra altri partiti, fra chi è maggioranza in questo Consiglio provinciale e questi settori di opinione pubblica, ma non si vada a generalizzare o a parlare di superamenti di partiti. A volte perdiamo sí del tempo discutendo magari del sesso degli angeli, ma quando discutiamo

di queste questioni sociali, di massa, concrete, che valgono per l'oggi e per la prospettiva, non ci sarà mai distacco tra le istituzioni e l'opinione pubblica. Ci sarà certo un distacco tra quelle parti politiche o quelle persone che credono di salvarsi con la politica dello struzzo, cioè il non voler guardare in faccia i problemi, cercare di rinviarli, non risolverli, per trovarseli magari il giorno dopo più aggrovigliati di prima. Noi crediamo che accogliendo questa mozione, magari anche con modifiche, il Consiglio provinciale faccia un positivo passo in avanti dando un contributo per rasserenare un po' quel clima teso e pesante che in questi ultimi tempi viviamo nella nostra terra. Ecco perché occorre un segno di volontà politica positivo e unitario, perché un problema come questo non ha troppo marcate, peggio ancora contrapposte, questioni di ordine etnico, ma daremo fiducia ai cittadini di ogni gruppo linguistico, dicendo che il Consiglio provinciale si è fatto carico in modo positivo di questo problema.

Concludendo, e scusandomi se sono stato, alle orecchie di qualcuno, un po' lungo, ripeto che qualora venissero suggerite modifiche, cambiamenti, noi siamo più che disponibili ad esaminarle, fermo restando l'obiettivo dello scopo finale. Dico anche subito - lo anticipiamo al Consiglio - che in questa nostra iniziativa, di cui, ripeto, non ne siamo assolutamente gelosi, altri si possono inscrivere, percorrere insieme lunghi tratti di questa strada. Noi anticipiamo la nostra volontà di non demordere, di non far cadere l'argomento. Vedremo i sistemi e i modi migliori, ma riteniamo di farci carico non solo per l'iniziativa che abbiamo lanciato e i consensi che abbiamo trovato, ma perché il problema esiste oggettivamente ed è di tale rilevanza politico-sociale che vanno percorse tutte le vie che portano alla sua soluzione.

MITOLO (MSI - DN): Signor Presidente, signori colleghi, poco fa ho interrotto l'illustratore della mozione, facendo notare come una mozione e un argomento tanto importanti, senza voler con questo sottolineare in modo particolare il fatto, trova questo Consiglio pressoché deserto, come a riprova che il problema stesso non sembra interessare molto, soprattutto - mi si consenta di farlo notare - i colleghi di lingua tedesca. Non so se sia un elemento di rivalsa nei confronti dei presentatori.

CONSIGLIERE: (*Interrompe - unterbricht*)

MITOLO (MSI - DN): L'inaugurazione della Fiera non è una buona scusa. Chiedete la sospensione della seduta, quando ci sono altri impegni e fate le sedute quando è presumibile che vi sia la presenza della maggioranza dei consiglieri, perché problemi di questo genere non credo che possano essere trattati tra l'indifferenza o con la giustificazione di motivi assolutamente insufficienti. Lo dico io in modo particolare, che su questo argomento, su questi temi ho più di qualche critica ed osservazione da fare ai proponenti.

La mozione è nel suo genere di notevole portata, anche se - mi preme sottolinearlo - è espressa in una forma piuttosto generica e blanda, perché si limita a fare una richiesta molto limitata: si limita a richiedere in sostanza la sperimentazione della conoscenza e l'insegnamento della lingua tedesca fin dalla scuola materna, e non mi pare che comporti chissà quale impegno, chissà quale mutamento di istituzione e di programmi, così come viceversa è apparso dall'illustrazione piuttosto vasta fatta dal collega D'Ambrosio.

Io voglio dire una cosa sola. Mi sembra di dover notare che le sinistre in genere, e credo anche gli altri partiti che fanno parte della maggioranza di Giunta, si stiano accorgendo con molto ritardo delle grosse difficoltà, dei grossi problemi che ha suscitato l'accoglimento, senza uno studio approfondito, di certe norme di attuazione dello Statuto, e in particolare, ormai da circa 30 anni, del tipo di autonomia che ci siamo dati in Alto Adige. Mi sembra di dover notare che le sinistre in genere, la Democrazia Cristiana, il partito Socialista, il partito Socialdemocratico, oggi che hanno sperimentato le difficoltà e i pericoli a cui si va incontro, stiano cercando in qualche maniera di sollevare, non dico un velo sulle responsabilità di aver accolto e sostenuto certe tesi per il passato che si sono rivelate dannose, soprattutto nei confronti della classe lavoratrice, dei figli dei lavoratori, che sono i più esposti, i più in difficoltà all'apprendimento della lingua tedesca, per molti e molti motivi anche di carattere scientifico che possiamo, e abbiamo più volte sottolineato, ma si trovano nella impossibilità oggi di far fronte a certi impegni che vengono sollecitati proprio alla base. Allora vengono fuori i grandi discorsi, vengono fuori le grandi valutazioni sui temi più particolari, su temi che abbiamo sentito affrontare poco fa anche dal collega D'Ambrosio. Poi, diciamo sinceramente che non è soltanto per l'Alto Adige che si dovrebbe sperimentare questa cosa, ma in tutta Italia, perché ormai, all'alba dell'era 2000, non conoscere una seconda lingua in modo approfondito e serio non è più tollerabile in nessun Paese del mondo, e queste cose le abbiamo dette e ridette più volte. Qui in particolare c'è una situazione specifica che va affrontata con serietà, con rigore scientifico. Ho sentito spesso dire e sostenere che l'apprendimento di una seconda lingua fin dalla più tenera età può portare a delle difficoltà nello sviluppo del bambino, può riuscire a volte stressante e può determinare nel bambino il pericolo di una crescita non normale. Ho voluto informarmi in questo senso, e per la verità tutti coloro che ho interpellato: direttori di scuole materne, insegnanti di scuole materne, qualche persona particolarmente istruita nel settore, mi hanno detto con estrema serietà che i pericoli non ci sono, che dal punto di vista didattico-pedagogico la cosa è assolutamente possibile. Naturalmente va fatta con quel criterio, con quel rigore, con quella serietà che la cosa deve prevedere e deve avere. Non possiamo improvvisare, non possiamo lasciarci prendere la mano dall'uzzolo di volere ad ogni co-

sto arrivare a certi risultati non tenendo ben presenti quelli che sono le reali condizioni anche della scuola, così come oggi è organizzata. Abbiamo sostenuto anche in questo Consiglio la necessità della sperimentazione, per esempio, di una scuola nella quale si insegnino nelle due lingue, come già esistono in qualche parte d'Europa. Facevamo riferimento all'università europea e a quelle che sono state le decisioni prese in sede di Consiglio europeo a suo tempo per l'istituzione di scuole plurilingui; evidentemente quello era a un certo livello, ma presupponeva che partisse fin dalle fondamenta, cioè proprio dalla scuola materna. Non c'è dubbio, pertanto, che si è determinata una certa preoccupazione in Alto Adige, nella popolazione di lingua italiana, ma comincia ad averla anche la popolazione di lingua tedesca, perché in certi ambienti del gruppo di lingua tedesca non si è affatto d'accordo su un certo tipo di politica, che porta poi a certe conseguenze e porta a non capirsi. Soprattutto in periferia, si dica quel che si vuole, soprattutto in certi paesi, si comincia a non conoscere più assolutamente l'italiano e si parla solo in tedesco, per cui non ci si intende, e la frattura si allarga, anziché restringersi; e poi da questo nascono altre conseguenze e altri risultati che noi non vogliamo ottenere assolutamente e non auspichiamo di certo.

Dicevo che il problema va affrontato con serietà, e va affrontato innanzitutto, tenendo presente quelle che sono le possibilità attuali della provincia. Io domando: abbiamo un numero sufficiente di insegnanti per questo servizio? Abbiamo da mettere a disposizione delle varie scuole materne elementi qualificati, preparati tecnicamente, scientificamente validi, che non ci mettano nella condizione di dover, in qualche caso, poi, tornare indietro o a dover constatare il fallimento di questa iniziativa? La cosa va studiata, approfondita seriamente. Mi pare di aver letto in questi ultimi tempi di diverse conferenze, di diversi orientamenti, ma soprattutto di aver dovuto constatare come spesso, troppo spesso, nel settore dell'insegnamento della seconda lingua siamo carenti di insegnanti qualificati. E allora non so se il problema possa essere risolto immediatamente, non so se basti semplicemente esprimere attraverso una mozione il desiderio di un impegno particolare, che credo sussista, perché al di là di quelle che sono certe espressioni e certe manifestazioni, mi pare di dover notare che c'è in tutti la volontà di arrivare in porto. Certo, ci sono grosse responsabilità quando leggiamo di interviste rilasciate in cui si palleggiano le responsabilità; ma sono passati 35 anni dalla fine della guerra, sono 31 anni dal varo delle norme dello statuto di autonomia, e un certo bilancio bisogna pur farlo e bisogna pur domandarsi di chi è la colpa di una situazione. Io credo che sia un po' di tutti, perché c'è qualcuno che è andato oltre quelle che erano le reali aspettative, le reali esigenze, e adesso si accorge delle difficoltà e naturalmente impreca perché certe norme e certe leggi comportano certi risultati, certe difficoltà e mettono il gruppo

di lingua italiana nella difficoltà che tutti i giorni siamo costretti a constatare. Non serve andare a raccogliere adesso le firme della popolazione per farsi dire che è necessario cominciare dalla scuola materna e imparare la seconda lingua; queste cose si potevano pensare anche quando si è voluto l'autonomia, questo tipo di autonomia che dà questi risultati e determina queste difficoltà. Questo lo dico con forza, perché di fronte alla situazione che si è creata non ci si può nascondere soltanto dietro l'attacco alla Volkspartei, che ha chiesto e ottenuto quello che ha saputo ottenere per capacità dei propri dirigenti e per volontà politica specifica di fronte al cedimento, che è stato purtroppo facile e senza combattere sufficientemente di fronte a certe pretese da parte del gruppo di lingua tedesca e dei suoi rappresentanti.

Per concludere, noi in linea di principio riteniamo che l'apprendimento della seconda lingua, che è un problema tanto importante, possa cominciare tranquillamente anche dalla scuola materna, ma non ci sentiamo di approvare la mozione presentata dalle sinistre, proprio perché tendiamo a sottolineare con questo nostro atteggiamento la responsabilità, anche delle sinistre, nella situazione che si è creata. Saremmo in contraddizione con noi stessi se accettassimo, sottoscrivessimo e se ponessimo il nostro voto a fianco di quello di coloro che sono anche in parte responsabili di questa situazione. Pertanto, io non voterò la mozione che è stata presentata dal Partito Comunista Italiano.

MOLIGNONI (Assessore alle Finanze - PSDI): Inizio col dire subito, tanto per creare il cosiddetto contrasto, che voterò a favore della mozione, ma dirò anche le ragioni e i motivi per cui voto questa mozione. Anzitutto dichiaro che parlo a titolo personale, come PSDI e non come membro di Giunta, aggiunto o non aggiunto. Abbiamo la massima libertà di azione, lo abbiamo dimostrato in molte occasioni e anche ieri in Consiglio regionale è stato ampiamente dimostrato. Siamo un po', come in gergo politico si dice, dei „cavi sciolti” che vanno ognuno per la propria strada, e ci tengo a sottolineare questo fatto. Io non faccio il processo alle intenzioni dei presentatori della mozione, perché mi pare che esuli dall'esame propriamente detto della lettera della mozione e che è questo l'esame che conta. Anch'io avrei le mie riserve, le mie perplessità su certe azioni che si stanno conducendo, anche forse sulla questione della raccolta delle firme ecc., che può servire anche a intorpidire le acque, a drammatizzare delle situazioni che forse non è il momento ideale di drammatizzare e che richiederebbero forse più ponderazione, più cautela, più pazienza, ecc. Ma non voglio fare questo esame; non è il caso di farlo in questo momento, di fronte a questa mozione. Io mi attengo alla lettera della mozione, senza processo alcuno, ad intenzioni o dei presentatori o di altri. Il nostro pensiero, il pensiero di Malignoni e del partito socialista democratico italiano, è noto in questo campo. Non è di ieri, ma di quasi 30

anni fa, il che non mi conforta molto personalmente, ma posso dire che è di 30 anni fa. Ricordo, per esempio, le discussioni della Commissione dei 19 quando sono andato alla commissione come rappresentante del partito con altri compagni, e abbiamo sostenuto nel modo più acceso la necessità di sperimentare. Anche allora dicevamo sperimentare: non garantivamo risultati eccellenti in partenza, anzi, avevamo anche delle perplessità di ordine didattico-pedagogico, specialmente io come uomo della scuola, però sostenevamo la necessità di sperimentare l'insegnamento precoce, perché ci si accorgeva e noi del mondo della scuola ne avevamo la coscienza piena, che la scuola non era in grado assolutamente né per mezzi didattici, né per metodi, né per il fatto che l'insegnamento era affidato a insegnamenti di lingua italiana, non di madrelingua tedesca, di rispondere alle esigenze che l'ambiente socio-economico locale e politico richiedevano. Quindi, siamo sempre stati per questa sperimentazione. Desidererei che qualcuno che dovesse non credere a queste mie affermazioni si rileggesse i molti verbali dei Consigli passati nei quali abbiamo discusso ampiamente di questi temi, ivi incluso e fondamentalmente l'insegnamento della seconda lingua.

Però, detto questo, io voto la mozione perché mi pare sia leale, onesta, quando dice „al di là di ogni interpretazione giuridica e di ogni valutazione tecnico-pedagogica”. Sì, colleghi, perché se dovessimo dare un'interpretazione giuridica, badate bene che l'art. 19 lascia molte perplessità. Si dica „è obbligatorio dalla seconda”, ma questo non vuol dire che non si possa anticipare nel tempo. È una interpretazione, ma è un pochino l'arrampicarsi sui vetri, come si suol dire. Anche con l'art. 33 della Costituzione, che dice „senza oneri per lo Stato”, si dice che lo Stato non è obbligato a dare i mezzi alla scuola privata, ma può darli se vuole. Sono interpretazioni un pochino allegre, abborracciate, che mi convincono relativamente poco, per cui sono convinto anch'io che nella discussione di merito dobbiamo abbandonare l'interpretazione giuridica, perché a chi ci risponde che vogliamo fare rientrare dalla finestra quello che è uscito dalla porta, non sapremo che cosa rispondere in realtà, non sapremo che cosa dire. Ripeto, a prescindere dall'interpretazione giuridica, perché altrimenti si va ad approdare in considerazioni che veramente stentano a stare in piedi, e per lo meno hanno bisogno di notevoli appoggi per stare in piedi, ed anche da valutazioni didattico-pedagogiche, perché anche qui sappiamo che ci sono due tesi, valide tutte e due, sostenute da uomini della scuola da una parte e dall'altra, da personalità del mondo didattico-pedagogico, che sono nettamente contrastanti. C'è chi dice che l'insegnamento precoce della lingua affatica il bambino, che non è assolutamente indicato, né per il suo sviluppo psico-fisico, né per il suo sviluppo soprattutto di ordine intellettuale, ma c'è chi dice viceversa che l'apprendimento sarebbe un fenomeno quasi fonetico, e quindi facilitato proprio per il fatto che il bambino è

„una tavola rasa“ che può essere facilmente riempita. Ora, bene hanno fatto i presentatori della mozione a dire „al di là dell'interpretazione giuridica, al di là di ogni valutazione tecnico-pedagogica, è di vitale interesse“. Questo è quello che mi convince a dare il voto alla mozione stessa. È di vitale interesse – lo sappiamo tutti – perché sentiamo profondamente, man mano che passa il tempo, anno per anno – lo sentiamo già da 30 anni a questa parte, non da ieri, non da oggi – che qui è necessario creare le condizioni per raggiungere una bilinguità vera e propria, ma non abbiamo i mezzi, non sappiamo ancora come fare e soprattutto quali mezzi usare per arrivare a questo. Io ho sempre avuto una convinzione: sono convinto che la scuola non è in grado di per sé di dare il bilinguismo, non è possibile. Non vado a rivangare tutte le dichiarazioni che ho fatto a suo tempo sul fatto delle popolazioni mediterranee che sono gravate da secoli di latino, di greco ecc., tutte cose che abbandonano ormai, ma constato ancora una volta che la scuola per se stessa e da sola non è in grado. Secondo me, l'apprendimento della lingua richiede un costante dialogo, colloquio tra il gruppo linguistico di madrelingua diverso, e quindi una sperimentazione pratica, costante, quotidiana, cosa che qui non può avvenire, perché tutti i due gruppi sono divisi, e sul quale problema non mi voglio neppure intrattenere. Ecco perché vedo italiani che vanno all'estero dove sono costretti a parlare la lingua straniera perché è questione di vita, di lavoro, però imparano la lingua. Ed ecco perché, viceversa, tutti coloro che hanno avuto un'istruzione scolastica di carattere elementare, medio, universitaria, non sono in grado di parlare la lingua. Io sono l'esperimento vivente. Ho studiato tedesco alla scuola media, all'università, ho esami da 30 fatti con il prof. Vincenti, che era una celebrità in materia, ho tradotto Goethe e Schiller, lo conosco come lo conosce il collega e amico Langer, però con la traduzione vicina, scrivendo il significato sopra le parole difficili. Quindi, sono problemi che mi lasciano sempre perplesso. Ripeto, voto la mozione, perché sento che risponde a un'esigenza nostra, a un'esigenza reale e non vedo perché non si debba dire „sperimentate, provate, fate, poi vedremo se questo è il toccasana“; lo vedremo dopo. Potremo anche convincerci che questa non è la strada giusta, quella che risolve il problema, ma che accanto a tutte le altre può quantomeno migliorare la situazione. Io sono quindi per la sperimentazione, per la continuità di questa sperimentazione, anche per ragione di tranquillità di coscienza, perché dobbiamo poter dire, a noi stessi: „Abbiamo fatto tutto quello che era nelle nostre possibilità, per questi motivi, con questo spirito“. Ripeto, senza altri processi ad intenzioni, io voto la mozione che è stata presentata dal Partito Comunista Italiano e dal Partito Socialista Italiano.

DUBIS (SVP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Vorerst ein Wort zur Feststellung des Kollegen Mitolo,

daß einige Mitglieder der Mehrheitspartei abwesend sind. Ich habe bereits erklärt, daß eine Messeeröffnung stattfindet, an welcher bestimmte Mitglieder besonders interessiert sind. Ich möchte aber noch eines zu bedenken geben, Kollege Mitolo. Bei dieser Vielzahl von Beschlüssen, die hier von diesem Landtag behandelt wird, ist es für eine große Fraktion, wie es die Südtiroler Volkspartei ist, fast eine Zumutung, wenn von 21 Mitgliedern einer Fraktion 2 sprechen können und die anderen 19 hier sitzen müssen, um sich das anzuhören, was die kleinen Gruppen alles sagen, ohne selbst zu Wort zu kommen.

Ich glaube, auch das darf man nicht vergessen.

Aber nun zur Sache. Es sieht hier fast so aus, als bestünde die Meinung, wir hätten grundsätzlich etwas gegen das Erlernen der zweiten Sprache von seiten unserer italienischen Kollegen. Dem ist nicht so. Ich möchte nicht polemisch werden, ich möchte nicht die Gründe aufzeigen, warum im Durchschnitt heute noch die italienische Volksgruppe weniger deutsch spricht als die deutsche Volksgruppe italienisch spricht. Aber wir müssen doch klar erkennen, und niemand kann das abstreiten, daß erst vor einer relativ kurzen Zeit hier bei der italienischen Volksgruppe ein Umdenken stattgefunden hat. Früher war man mehr oder weniger der Meinung: „siamo in Italia e si parla italiano“; warum sollte ich als Italiener, der ich in Italien lebe, gezwungen sein, eine zweite Sprache zu sprechen? Erst seit kürzerer Zeit hat man erkannt, daß es eigentlich in einem Land, in dem mehrere Volksgruppen zusammenleben, notwendig ist, auch die andere Sprache zu kennen. Und erst seit kurzem hat man erkannt, daß eben die Kenntnis dieser zweiten Sprache auch für den Italiener, der in Südtirol lebt, gewissermaßen einen Schutz darstellt, weil er die Voraussetzungen dadurch besitzt, eine öffentliche Stelle zu bekleiden, die sein Landsmann aus dem Süden nicht besitzt, wenn er nicht eben die zweite Sprache spricht. Aber wie gesagt, wir haben gar nichts gegen dieses Erlernen; ganz im Gegenteil, wir sind uns genau so bewußt, daß es notwendig ist, für jeden Bürger Südtirols, die andere Sprache auch zu kennen. Und es wäre schön, wenn wir die Gelegenheit hätten, auch die dritte Landessprache, das Ladinische zu erlernen. Ich hatte leider dazu keine Gelegenheit.

Was nun die Zweckmäßigkeit eines vorzeitigen Unterrichtes anbelangt, einer Unterrichtes also in der ersten Klasse Volksschule oder gar schon im Kindergarten, gehen, so viel mir bekannt ist, die Meinungen der Wissenschaftler auseinander. Es gibt einige Wissenschaftler, die unterstreichen die Leichtigkeit, mit der Kinder gerade im Vorschulalter eine zweite Sprache erlernen können. Es gibt aber auch andere Wissenschaftler, die auf die Notwendigkeit hinweisen, und Landesrat Zelger ist diesbezüglich, glaube ich, bestens dokumentiert, daß ein Kind zuerst in der eigenen Muttersprache sattelfest sein muß, bevor hier an das Erlernen einer zweiten Sprache gedacht wird. Und das gibt, vor allem was die deutsche Volksgruppe anbelangt, zu denken, mehr noch, was die italie-

nische Volksgruppe anbelangt. Wir dürfen nämlich eines nicht außer Acht lassen: daß in fast allen Haushalten Südtirols der Südtiroler Familien ja Dialekt gesprochen wird. Das Kind wächst also auf und spricht zu Hause Dialekt, kommt dann von diesem Milieu in den Kindergarten und in die Schule und wird dort erstmals mit der deutschen Schriftsprache konfrontiert. Das ist einfach ein Entwicklungsprozeß, der gar nicht so einfach ist für die Kinder und der für die Kinder eine bestimmte Anstrengung bedeutet, weil sie sich ja eigentlich mit einer neuen Sprache oder wenigstens mit einer ganz neuen Ausdrucksform hier erstmals befassen müssen. Wenn also diese Kinder gleichzeitig auch belastet würden mit dem Erlernen einer zusätzlichen Sprache, also der zweiten Landessprache, könnte das mitunter eine übermäßige Belastung darstellen. Ich möchte mir jedoch nicht anmaßen, ein wissenschaftliches Urteil abzugeben, ich bin dazu nicht berufen und wollte mich deshalb darauf beschränken, nur aus einer persönlichen vernünftigen Überlegung heraus bestimmte Schwierigkeiten aufzuzeigen.

Ich glaube jedoch, daß das große Problem, das die italienische Volksgruppe heute hat, nicht so sehr der Unterricht im Kindergarten oder der Unterricht in der ersten Klasse Volksschule ist, sondern vielmehr das Problem der Lehrer. Das Problem, gute Deutschlehrer zu finden, die dann in der Volksschule und in der Mittelschule die deutsche Sprache so unterrichten, daß sie für die italienischen Schüler attraktiv wird und daß die italienischen Schüler auch die didaktischen Möglichkeiten haben, diese Sprache richtig zu erlernen. Und hier ergibt sich für die Landesregierung eine echte Aufgabe, Lösungen zu suchen, die über das normale Angebot, das heute diesbezüglich vorhanden ist, hinausgehen, weil ich mit den italienischen Kollegen dahingehend einig gehe, daß hier eine große Lücke zu füllen ist. Und ich glaube, daß italienischen Volksschulen und Mittelschulen mit guten Lehrkräften ausgerüstet wären, daß es dann den italienischen Kindern ohne weiteres möglich wäre, die deutsche Sprache bis zum Schluß in genügendem Maße zu erlernen, genauso wie umgekehrt die deutschen Kinder ja ebenfalls erst in der zweiten Klasse Volksschule mit dem Erlernen der italienischen Sprache beginnen und in den meisten Fällen doch bis zum Abschluß der Schule ausreichend italienisch lernen. Ich glaube, das Kernproblem sind die hier die Lehrer und nicht so sehr der Beginn, ob ein Jahr früher oder ob ein Jahr später oder gar schon im Kindergarten.

Die Forderung der kommunistischen Partei, die sich ja auch mit der Forderung anderer Parteien hier deckt, ist jedoch unabhängig jetzt vom meritorischen Aspekt des Problems schwerwiegend vom Gesichtspunkt des Autonomiestatutes aus, das ja Verfassungsrecht ist. Diese Norm, wie sie im Autonomiestatut ja verankert ist und dann im Art. 6 der entsprechenden Durchführungsbestimmungen ihren konkreten Niederschlag findet, ist ja

nicht das Produkt eines Zufalles, sondern es ist das Produkt langer jahrelanger politischer Verhandlungen von seiten aller interessierten Partner. Es war Diskussionsgegenstand in der Neunzehnerkommission; man hat sich dort auf die Lösung zweite oder dritte Klasse geeinigt. Es war dann Diskussionsgegenstand des Paketes. Es wurde positive Norm im Autonomiestatut und 1973 noch haben sich die Vertreter, die italienischen Vertreter genauso wie die Südtiroler Vertreter in der Zwölfer- und in der Sechserkommission für die Beibehaltung dieses Systems, also Beginn des Unterrichtes in der zweiten Klasse oder dritten Klasse ausgesprochen. Erst jetzt plötzlich scheint der eine oder andere von einer bestimmten Panikstimmung erfaßt und will deshalb den Wortlaut des Autonomiestatutes nicht wahrhaben. Und es ist auch nicht wahr, Kollege D'Ambrosio, er ist im Augenblick nicht hier, daß dieses Autonomiestatut verschiedene Auslegungen zuläßt. Das stimmt einfach nicht; denn klarer als so kann es nicht sein, wenn hier positiv erklärt wird, daß der Unterricht der jeweils zweiten Sprache garantiert wird, daß dieser Unterricht in der zweiten oder dritten Klasse beginnen kann. Diese Norm wird dann wortwörtlich übernommen vom Art. 6 der Durchführungsbestimmungen: „Nelle scuole elementari e secondarie in lingua italiana è obbligatorio l'insegnamento in lingua tedesca, nelle corrispondenti scuole in lingua tedesca è obbligatorio l'insegnamento in lingua italiana. L'insegnamento ha inizio dalla seconda o dalla terza classe“. Ich meine, bei einem so klaren Text kann man einfach ...

ABGEORDNETER: *(unterbricht - interrompe)*

DUBIS (SVP): Ich habe hier die Durchführungsbestimmungen verlesen, die offiziell meines Wissens noch nicht im deutschen Text vorliegen oder ...

ERSCHBAUMER (SPS): *(unterbricht - interrompe)*

DUBIS (SVP): Kollege Erschbaumer, ich habe auch hier meine Mitarbeit geleistet, indem ich einige Artikel von Durchführungsbestimmungen selbst übersetzt bzw. die Übersetzungen revidiert haben. Ich will das nicht in Abrede stellen, mir liegt im Augenblick der deutsche Text hier nicht vor, aber ich habe keine Schwierigkeiten, das auch selbst in deutscher Sprache zu formulieren. Es steht hier positiv: ab der zweiten oder ab der dritten Klasse. Also, man kann nicht hergehen und sagen, daß diese so klare Gesetzesbestimmung irgendwelche andere Auslegungen zuläßt. Und deshalb werte Kollegen scheint mir dieser Beschlußantrag insofern schwerwiegend, weil er ja eine direkte Aufforderung an die Landesregierung darstellt, das Autonomiestatut einfach zu ignorieren. Ich weiß nicht, Kollege D'Ambrosio, ob wir uns der Tragweite eines solchen Beschlußantrages bewußt sind hier in diesem Saal: daß wir mit diesem Beschlußantrag, ich wiederhole noch einmal, die Landesregierung auffordern,

das Autonomiestatut zu übergehen. Und das, glaube ich, dürfen wir nicht als Landtag, wo doch das Autonomiestatut unser Grundgesetz ist. Die Annahme eines solchen Beschlußantrages würde für unsere gesamte weitere Tätigkeit einen sehr schwerwiegenden Präzedenzfall darstellen. Deswegen können wir, unabhängig von allen meritokratischen Überlegungen, die so oder so ausfallen können, nie und nimmer einem solchen Beschlußantrag zustimmen.

LANGER (NL - NS): Ich möchte ganz zuerst etwas auf den Kollegen Dubis antworten. Es sagt, es wäre für viele Abgeordnete der Südtiroler Volkspartei eine Zumutung, bei Beschlußanträgen, also bei der Diskussion über Beschlußanträge, hier sozusagen untätig stundenlang herumzusitzen, als würde sie die Diskussion nichts angehen. Ich glaube, da muß man nur sagen; „entweder vertreten Sie die Meinung Ihres Fraktionssprechers mit und dann werden Sie sie bei der Abstimmung mittragen oder sonst treten Sie gefälligst aus der Fraktion aus und bilden Sie eine eigene Fraktion, dann können Sie reden, so oft Sie wollen. Aber ich finde es eine Zumutung an die Geschäftsordnung, daß man die Behandlung von Beschlußanträgen, von wem immer sie kommen mögen, von wenigen oder von vielen Abgeordneten, schon an sich irgendwie diffamieren möchte, in diesem Raum. Dies vorausgeschickt und vorausgeschickt, daß ich hoffe, daß alle Fraktionen, auch die, deren Vertreter momentan abwesend sein sollten, sich zu diesem Beschlußantrag äußern und sich nicht herumdrücken, weil es sich um ein, wie Sie selbst sagen, Herr Kollege Dubis, um ein sehr schwerwiegendes Problem und um einen sehr schwerwiegenden Präzedenzfall handelt, möchte ich jetzt einen kurzen Teil meiner Stellungnahme abgeben und dann einen weiteren Teil auf deutsch.

Vorrei dire - lo dico in italiano, perché mi rivolgo direttamente ai presentatori di questa mozione - innanzitutto che anch'io ho firmato come molti altri miei compagni la petizione che in questi giorni si sta firmando a Bolzano e anche altrove, e avrei anche volentieri condiviso la mozione, che comunque sostengo, che avete presentato e alla quale purtroppo non è stato chiesto un contributo anche da parte nostra. A prescindere comunque da chi l'abbia promossa, è ovvio che chi solleva problemi reali della popolazione vada sostenuto e l'iniziativa vada premiata e incoraggiata. I contenuti di questa discussione, a mio giudizio, coinvolgono alcuni problemi molto profondi, anche al di là del problema degli asili, cui voglio brevemente accennare. Uno mi pare sia quello se si vuole o no, nel Sudtirolo, una società realmente plurilingue e non un bilinguismo semplicemente fiscale. Vedo che il Presidente Magnago forse non sopporta che ulteriormente si parli di questo. Il Presidente Magnago ritiene che tutti i problemi della nostra società siano già contenuti negli articoli dello Statuto. Io credo che la società abbia ugualmente diritto di continuare a muoversi e

di esprimere le sue esigenze, anche se non tutto è già previsto. Io credo, tra l'altro, che l'applicazione dello Statuto faccia emergere anche problemi nuovi cui non avevate pensato prima, così come quando è stato inventato il telescopio si sono viste cose che prima non si vedevano. Io credo che se uno pensa che tutto sia già codificato e che tanto è inutile discutere, allora tanto vale che ognuno quando nasce, come le vacche di cui oggi avete fatto l'esposizione alla mostra dell'agricoltura, venga „pinzato“ con l'art. 19 e non so con che cosa d'altro, e poi vada avanti così per tutta la sua vita. Così potete imbalsamare il singolo, oltre che la società. Mi pare che i problemi non siano risolti di per sé dalla legge; i problemi nascono ugualmente. Mi pare siano problemi di scelta politica, cioè se vogliamo, nell'insieme, operare per una società che diventi, certo che non lo è per statuto, per legge, ma che diventi realmente plurilingue, non solo in modo fiscale, o che non lo venga. Mi permetto di dirvi un'esperienza che ho voluto fare alla fine della settimana scorsa, trattenendomi alcuni giorni in Austria, in Carinzia, dove c'è, come voi sapete, una minoranza slovena. Ora anche lì c'è una minoranza, che è molto più debole della nostra minoranza sudtirolese, debole in senso numerico e anche come suo sentimento di identità. Questa minoranza slovena è continuamente sottoposta alla pressione politica di circoli nazionalisti tedeschi, organizzati intorno al Kärntner-Heimat-Dienst, che hanno organizzato domenica scorsa una manifestazione a Klagenfurt, molto simile ad alcune manifestazioni che qui vediamo certe domeniche, e la discussione con amici austriaci di lingua tedesca e di lingua slovena, mi ha convinto ancora di più che la convivenza di popolazioni diverse, vuoi per insediamento antico, vuoi per movimenti migratori recenti o per qualsiasi altra ragione, se non vuole portare al conflitto, se non vuole portare al regime o della „apartheid“ o dell'assimilazione più o meno forzosa, non può conoscere altra strada che quella, in qualche modo, del bilinguismo. Anzi vi ho portato, per vostro diletto, anche un souvenir di questa visita, è uno slogan nel quale in vari modi cittadini austriaci, di lingua tedesca e di lingua slovena, oggi si riconoscono come in una ipotesi culturale, diciamo di arricchimento della loro società, e non di impoverimento. Quindi mi pare che un problema sia quello se si voglia o no una società veramente plurilingue. Un secondo problema che io voglio sollevare riguarda l'insegnamento della seconda lingua nelle scuole materne, e nella scuola più in generale, e anche della possibilità opzionale, non certo obbligatoria, non certo unica, ma anche di istruzione bilingue. Io so che questa possibilità, di scuola bilingue, oggi, non è prevista dallo statuto, ma vi avverto che chiunque oggi tenda a forzare fino alla rottura l'art. 19, chiunque oggi intenda farne abuso, forse senza volerlo prepara anche la strada alla sua revisione. Cioè, chi oggi abusa, forza, piega fino a spezzare l'art. 19 dello Statuto, forse dà inconsapevolmente una mano perché questa camicia di forza, un giorno possa scoppiare, che si

possano trovare anche altre forme di istruzione, nella nostra provincia. È chiaro che l'insegnamento della seconda lingua è fondamentale, se si vuole una società bilingue, e sono d'accordo con Molignoni, che non è la scuola soltanto che prepara al bilinguismo, ma la scuola dà un contributo importante in particolare nell'orientamento dei bambini, cioè nel considerare normale o meno che vi siano persone che parlano un'altra lingua, nel considerare normale o meno il fatto di conoscere quest'altra lingua, di riuscire ad esprimersi, e quindi è una forma di orientamento culturale complessivo, che la scuola e l'asilo in questo senso possono fornire. Anch'io credo che ci sia urgente bisogno, al di là della mozione di cui parliamo oggi, di una coraggiosa sperimentazione, aperta, seria, evidentemente non improvvisata e buttata lì, ma anche dinamica, che vada nella direzione giusta, cioè una sperimentazione che non abbia paura di affrontare problemi nuovi che si pongono. In Germania, in Svizzera, in Belgio, in tutti i Paesi dove vi è immigrazione, vi sono problemi di istruzione legati alla presenza di popolazioni che parlano lingue diverse. E se noi non vogliamo costringere sostanzialmente all'assimilazione chi non sta dentro il sistema vigente, o addirittura a sotterfugi, al limite, per imparare l'altra lingua, dovremo andeggiare la scuola alla realtà esistente, non la realtà esistente ai paragrafi della legge.

Ancora un altro problema che è serio, non lo sottovalutiamo, riguarda l'identità etnica. È vero e non ci stancheremo di ripeterlo, che la minoranza tirolese, nel suo insieme, di lingua tedesca e di lingua ladina, ha sicuramente più problemi di identificazione etnica, di mantenimento della propria identità culturale di quanto non l'abbia il gruppo italiano, e credo che lo sappiano bene anche i presentatori della mozione. Non credo che in questa direzione vi sia alcun equivoco. Ci sono dunque problemi per mantenere l'identità culturale, storica e così via, ma per esempio, per un lungo tempo, si pensava, permettetemi di ricordarvi questo fatto, che l'identificazione del bambino, per esempio tra maschio e femmina, presupponesse per forza un'educazione separata, cioè che ognuno non potesse acquisire la propria coscienza di maschio o rispettivamente di femmina, se non stando lontani. Poi esperienze di coeducazione hanno fatto vedere probabilmente un altro tipo di identità femminile e un altro tipo di identità maschile (senza per questo voler parificare in alcun modo l'identità etnica all'identità sessuale, ovviamente) che un altro tipo di identità maschile è possibile se viene messa in rapporto a quella femminile e viceversa un altro tipo di identità femminile diventa possibile se messa in rapporto all'identità maschile, senza che nessuno diventi, per questo, o effeminato, o virilizzato, o non so che cosa d'altro si possa temere. Allora, se non vogliamo semplicemente cavarcela con slogan, se vogliamo tra l'altro utilizzare positivamente e non ignorare un'esperienza preziosa che nella nostra provincia c'è, ed è quella dei ladini che, per molti secoli, e anche

nel nostro secolo, sono riusciti a mantenere la loro identità, pur confrontandosi, anzi pur essendo, come diceva l'intendente scolastico ladino la settimana scorsa, „naturalmente" plurilingui, perché loro per esempio hanno una scuola che, per gran parte delle ragioni che conosciamo, che non sono solo quelle dello statuto, sono ragioni anche di storia e, in questo caso, di filologia, di linguistica, di grammatica, di sintassi ecc., non hanno una scuola tutta in ladino, eppure difendono, anzi apprezzano, valorizzano la loro identità ladina. Allora, se non vogliamo appunto semplicemente cavarcela dicendo che già tutto è scritto nella legge, dovremo affrontare i problemi gravi, anche i problemi pedagogici e didattici che si devono discutere e che qui sicuramente adesso non discuteremo, perché non è qui la sede adatta.

Ich glaube, daß aus dem, was ich jetzt kurz versucht habe, als Problematik zu skizzieren, doch klar hervorgeht, daß eine solche Diskussion vor allem emotionsfrei geführt werden müßte, daß man nicht von vornherein, einfach indem man ein Gespenst an die Wand malt, sich die inhaltliche Auseinandersetzung erschweren bzw. verbarrikadieren darf. Ich glaube, daß das Verbot, also daß die Unterbindung des freiwilligen Deutschunterrichtes in den italienischen Kindergärten (darum handelt es sich derzeit), daß dieses Verbot ein äußerst schwerwiegendes Verbot war, daß das ein Akt war, so ähnlich wie das Verbot des Schüleraustausches vor ein paar Monaten. Aus dem man viel, viel mehr herauslesen kann als aus allen möglichen Parteiprogrammen und Proklamationen. Es hat sich um das Verbot einer freiwilligen Initiative gehandelt. Ich möchte Sie fragen: was würden Sie sagen, wenn in Ländern wie UdSSR oder DDR etwa, freiwilliger Religionsunterricht zum Beispiel, den die Eltern freiwillig organisieren und sogar bezahlen oder jedenfalls unterstützen, verboten worden wäre? Was würden Sie zu einem solchem Verbot sagen, wenn irgendwo Religionsunterricht, zum Beispiel für eine religiöse Minderheit oder auch für die religiöse Mehrheit, ein freiwilliger Religionsunterricht an einer Schule verboten worden würde? Dann würden Sie, und zu Recht, vom Elternrecht reden, das Sie sonst immer so gerne im Munde führen, dann würden Sie von Bürgerfreiheit, von Toleranz usw. reden. Bei uns wird das Elternrecht grob mißachtet, bei uns wird eine freiwillige Initiative zerschlagen. Übrigens wissen Sie genau, daß es in unseren Kindergärten - obwohl Ihnen das nicht gefällt - auch in den deutschen und in den italienischen Kindergärten je anderssprachige und zweisprachige Kinder gibt. Ich weiß, daß Sie sie hinauskiegen wollen. Ich diskutiere jetzt nicht darüber, aber auch diese Kinder hätten es wahrscheinlich besser und leichter, wenn zumindest die Möglichkeit bestünde, im Fall des italienischen Kindergartens dort auch Deutschunterricht zu haben. Mir ist bekannt, daß auch an italienischen Kindergärten, wo man übrigens in der Regel etwas toleranter ist, auch deutschsprachige Kinder frequentieren und zwar nicht nur in Bozen, sondern auch in Me-

ran, in Algund, in Bruneck, in Sterzing, in allen möglichen Ortschaften. Daß dazu noch auf diese Weise, durch dieses Verbot eine ganze Reihe von Lehrpersonen arbeitslos geworden sind, das dürfte Ihnen sowieso wurscht sein, aber ich erinnere Sie trotzdem daran, auch weil es sich in vielen Fällen um sonst sozial ungeschützte Lehrpersonen handelt, nämlich Leute, die zum Beispiel nicht die italienische Staatsbürgerschaft haben, sondern Österreicher oder Bundesdeutsche sind, und die deswegen eine so ungeschützte Arbeit akzeptiert haben.

Aber ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Durch solche Verbote provozieren Sie, ja schlimmer noch, rechtfertigen Sie gewissermaßen, und das ist das schlimme daran, den italienischen Nationalismus. Wenn heute faschistische Kräfte, unter Umständen, in unserem Lande wieder aufleben – ich meine jetzt italienischsprachige faschistische Kräfte, denn deutschsprachige sind schon recht massiv am Werk – wenn es zum Beispiel zu Attentaten kommt, wie das Attentat auf das Andreas-Hofer-Denkmal (von wem es immer organisiert sei, aber mit Motivationen wie sie alle deutlich vernommen haben), wenn im „Adige“ in einem Artikel, den ich als Selbstinterview des Kollegen Ferretti verstanden habe, (vielleicht irre ich, vielleicht ist es ein Mißverständnis, aber wenn jedenfalls im „Adige“ nationalistische Töne in dieser Weise angeschlagen werden, die in dem bereits vom D'Ambrosio zitierten Artikel ...

FERRETTI (DC): (*Interrompe - unterbricht*)

LANGER (NL - NS): Non parlo di appalto, ma dico che ho interpretato un articolo, a mio giudizio nazionalistico, che chiamava al rinverimento del nazionalismo italiano, e l'ho interpretato come articolo composto dal collega e Assessore Ferretti, anche se l'articolo diceva che l'Assessore Ferretti aveva confidato una certa cosa all'estensore dell'articolo. Comunque, forse mi sbaglio; non lo metto in discussione.

Ich wollte jedenfalls sagen: diese Phänomene, die müssen Sie ja merken; es ist ja nicht möglich, daß Sie das nicht merken, daß Sie die Augen zuhalten. Und wenn Sie es merken, dann muß ich vermuten, daß Sie es wollen, denn so wird der Volkstumskampf natürlich auch auf Ihrer Seite wieder glaubhafter, denn gegen wen soll man denn Krieg führen, wenn kein gefährlicher Feind da ist? Also will man den Feind wieder gefährlicher werden lassen. Also braucht man ihn, das wollen Sie offensichtlich, und ich glaube, daß Sie damit wirklich auch – ich habe es Ihnen andere Male schon gesagt – Autonomiefeindlichkeit provozieren und produzieren, und die Suppe werden wir dann leider alle auslöffeln müssen. Ich meine nicht „wir“ hier drinnen, sondern die Leute im ganzen Land. Deswegen, wenn ich sage, daß Sie durch das Verbot des Schüleraustausches oder durch dieses Verbot des freiwilligen Deutschunterrichtes in Kindergärten viel deutlicher sind, viel mehr aussagen als durch viele Worte und viele

Parteiresolutionen und Kommuniqués, dann sage ich auch, daß Sie damit eben den Art. 19 des Autonomiestatutes wahrscheinlich zu Tode strapazieren werden. Sie sagen, es geht auf Biegen oder Brechen, und er wird brechen, wenn das so weitergeht.

Sie wissen ja, in welchem Teufelskreis sich heute viele Leute befinden, wenn es um das Erlernen der zweiten Sprache (und ich meine in diesem Fall der deutschen Sprache) geht. Die Sprache ist gefordert. Der schlechte Deutschunterricht und sogar das Verbot von solchen Initiativen und das Fehlen einer zweisprachigen Schule, für die, die es wünschen sollten, führt dann dazu, sich eben, wie Sie selbst sagen, den Deutschunterricht zu „erschleichen“. Zum Beispiel, indem man sich in deutschsprachige Schulen einschreiben möchte, wo man dann natürlich oft, wenn man die Sprache nicht kann, tatsächlich den Unterricht behindert. Das wollen wir uns nicht verbergen. Ich glaube, daß die vielen Eltern, die diesen Versuch unterstützt haben, den freiwilligen Deutschunterricht in den Kindergärten und die vielen Leute, die sich durch die Unterschriftensammlung mit der Initiative die zur Unterstützung von der KPI initiiert wurde, solidarisch erklärt haben, irgendwie auch sagen: „zweisprachig ist besser“. Und zwar nicht als Mischkultur, nicht als Wegnahme der Identität, sondern einfach: „damit steckt mehr darin“. Man kann damit mehr anfangen. Natürlich braucht es dazu Versuche, natürlich kann man das nicht improvisieren, natürlich kann man nicht alles über den gleichen Leisten schneiden oder schustern, es gibt Unterschiede zwischen Stadt und Land, es gibt größere Identitätsprobleme für die Tiroler Minderheit als für die italienischsprachigen Südtiroler. Es ist wahrscheinlich leichter für Deutsche, Italienisch zu lernen als umgekehrt, aus vielen Gründen, die wir hier nicht zu diskutieren brauchen, alles das stimmt und umso mehr brauchen wir Schulversuche, umso mehr müßten wir experimentieren um den richtigen Weg zu finden, umso mehr müssen wir studieren, aber ohne Vorurteile, umso mehr muß man sich wissenschaftlich tatsächlich damit beschäftigen. Denn wenn man nicht daran denkt, daß am Schluß die eine oder andere Bevölkerung von hier verschwinden soll, die eine vielleicht, weil sie nicht zum Staatsvolk gehört (das hört man manchmal „Se volete parlare in tedesco, andatevene in Germania o in Austria.“) Wenn man das nicht will und wenn man nicht will, daß man umgekehrt sagt „Geht hin, wo ihr hergekommen seid“, was vielen italienischsprachigen Südtirolern gesagt wird, wenn man also nicht an eine solche „Endlösung“ unseres Zusammenlebens denkt, dann muß man sich wohl für die reale Möglichkeit einer zweisprachigen Erziehung einsetzen. Die Apartheid produziert notwendig einen gegenseitigen Konflikt, eine Spirale des Antagonismus. Und Sie werden sich schwerlich des Verdachtes und des Vorwurfes erwehren können, in Wirklichkeit nicht die echte kulturelle Zweisprachigkeit der Leute zu wollen, dem das ist auch eine Frage der Geisteshaltung, sondern

in Wirklichkeit nur die Zweisprachigkeit der Ämter zu wünschen, und diese dann womöglich durch den Proporz zu garantieren und die übrigen Problem wegzuwischen.

Deswegen sage ich noch einmal, und damit bin ich am Abschluß, daß man aus einer solchen Maßnahme, wie dieses Verbot, von dem heute die Rede ist, vielmehr ableiten kann als aus vielen anderen Lippenbekenntnissen, und daß man aber trotzdem an den Problemen des Unterrichts der zweiten Sprache in Kindergarten, in Schule auch der Möglichkeit einer mehrsprachigen Erziehung nicht vorbeikommen wird. Natürlich darf man sich das nicht leicht machen, aber die derzeitige sture Haltung muß zu immer mehr Deflagration, zu Brennstoff führen und es wird uns dann ein schwacher Trost sein zu wissen, wer daran schuld war, wenn wir nicht imstande sein werden, diese Tendenz rechtzeitig aufzuhalten und zu verhindern.

Deswegen werde ich dem Beschlußantrag der Kollegen von der Kommunistischen und Sozialistischen Fraktion zustimmen. Sollte er im irgend etwas abgeändert werden, dann möchte ich mich auch eventuell an der Abänderungsdiskussion beteiligen und möchte noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen der Volkspartei die Einladung richten ihre Haltung zu überdenken. Denn eine Ablehnung dieses Beschlußantrages, dieses so vorsichtig gehaltenen Beschlußantrages (mir könnte er sogar da und dort zu vorsichtig sein) – aber eine Ablehnung dieses Beschlußantrages wäre eine weitere Watsche in Ihrer Watschenpolitik, die Sie momentan betreiben. Wenn Sie glauben, daß durch solche Watschen, die man da und dort verabreicht, eine Politik der politischen, sozialen und ethnischen Befriedung betrieben werden kann, dann ist das Ihre Sache. Wir glauben, daß die Realität Ihnen nicht Recht gibt.

SFONDRINI (PSI): Credo che se ci fossimo messi d'accordo, se avessimo scambiato delle opinioni sulle considerazioni che sono state fatte, non mi avrebbero trovato così consenziente con gli argomenti a sostegno della mozione del PCI e PSI. Voglio attirare l'attenzione sulla mozione, la quale è stata definita cauta. In effetti è di una grande cautela, e quindi non è vero che con questa mozione noi vogliamo indurre la Giunta provinciale, o quanto meno la maggioranza di lingua tedesca della Giunta provinciale, ad andare contro lo Statuto, perché quando si dice che si impegna la Giunta provinciale ad esaminare il problema e ad assumere un orientamento positivo in ordine al medesimo, credo che non si voglia sic et simpliciter impegnare la Giunta ad andare contro l'art. 19 dello Statuto, ma quanto meno a riesaminare il problema. Dico riesaminare, perché questo è stato uno degli argomenti che sono stati oggetto di discussione, direi per l'ennesima volta, in occasione della formazione della Giunta provinciale, e credo che questo argomento non sia stato messo nel „pacchetto” dello scambio che la

Volkspartei ha chiesto nei confronti delle norme di attuazione ancora da emanare. Era un argomento in aggiunta, e si spera che rimanga ancora tale, e quindi non fa parte della richiesta che è stata resa pubblica da parte della Volkspartei, di riprendere il discorso di una formazione della maggioranza organica e programmatica nel momento in cui si fosse affrontato in un certo modo la soluzione delle norme di attuazione. Quindi, diventa una sollecitazione, un invito, a riprendere in esame questo argomento, ritenendolo – come ho detto prima – fuori da quella condizione. Voglio quindi sottolineare questo fatto che forse è sfuggito. Ormai si è determinata una posizione che è diventata impossibile, in quanto non si vuole assolutamente entrare nel merito di un argomento che si ritiene una volta per sempre risolto.

Questa mattina sentiremo l'Assessore Zelger, che su questo argomento è molto più deciso, mentre nell'intervento del collega Dubis ho rilevato alcuni elementi meno rigidi di quanto di solito si sente quando si solleva questa questione. Quindi voglio sottolineare questo fatto che forse è sfuggito alla maggioranza.

Il collega D'Ambrosio nella sua illustrazione ha aperto un'ulteriore possibilità ad eventuali modifiche a questa stessa mozione che, per quanto mi riguarda, ritengo una mozione molto ponderata, distesa e per nulla perentoria. Io non mi voglio addentrare nella questione dell'interpretazione giuridica dell'art. 19 dello Statuto e dell'art. 7 della norma di attuazione 116, perché non sono un giurista e quindi non ho pretese di interpretare in modo esatto quello che è la norma di attuazione. Per quanto ci riguarda, abbiamo sempre sostenuto e sosteniamo ancora oggi come partito politico, che né l'art. 19, né l'art. 7 della norma di attuazione 116 rendono impossibile questa richiesta che viene fuori dal gruppo linguistico italiano, per quanto – il collega D'Ambrosio mi sembra ne abbia accennato – mi risulta che la petizione che il partito comunista ha presentato all'attenzione dei cittadini veda molte firme. È un fatto veramente consapevole, perché per quanto mi risulta la gente non firma così: vuole sapere, discutere, leggere, vuole capire che cosa sta firmando.

Noi abbiamo sempre sostenuto che una interpretazione giuridica della norma dello Statuto e della norma di attuazione dello Statuto di autonomia va al di là di quelli che sono i contenuti veri e propri di queste due norme, perché in effetti l'art. 19 – l'hanno detto altri colleghi e lo ripeto anch'io – prevede l'obbligo dell'insegnamento a partire da un certo momento della scuola dell'obbligo, e badate bene che attribuisce poi questa decisione ai gruppi linguistici. Nessun gruppo può decidere per l'altro gruppo: la decisione se deve essere obbligatorio l'insegnamento della seconda lingua nella seconda o terza classe, secondo quanto sarà stabilito con legge provinciale, deve essere presa su proposta vincolante del gruppo linguistico interessato. Quindi, vuol dire che c'è proprio un intervento diretto del gruppo linguistico interessato nello scegliere l'anno di partenza dell'insegnamento obbligatorio e

lascia quindi questa prerogativa ai singoli appartenenti dei gruppi linguistici.

Sono due le interpretazioni rigide della Volkspartei: la norma dell'art. 19 dello Statuto e la preoccupazione del mantenimento dell'identità etnica del gruppo linguistico.

Quando si osserva da parte di Dubis che la lingua parlata per la grande maggioranza degli abitanti di lingua tedesca nella nostra provincia, nelle famiglie, è il dialetto, bisogna rispondere che questo avviene dappertutto: succede nel Veneto, succede in Lombardia, in Piemonte, in ogni regione italiana; soprattutto nelle campagne la lingua parlata è il dialetto. Questo succede dove io sono nato, so che succede altrove, e quindi questa debolezza, soprattutto per gli strati sociali più deboli, è una debolezza diffusa anche nel nostro Paese, oltre che in altri; non è solo un fatto che riguarda l'Alto Adige. Si parla del mantenimento dell'identità etnica, che è il secondo argomento che preoccupa fortemente la Volkspartei, come se una decisione di questo tipo comporti automaticamente anche una analoga decisione per quanto riguarda il gruppo linguistico tedesco. Non è detto questo. La sperimentazione che è stata fatta in questi anni, è stata fatta più o meno clandestinamente. So che con lettera dell'Assessore Ferretti, su decisione conforme della Giunta, si è posto fine anche a questo tipo di sperimentazione nelle varie scuole materne. Il collega Ferretti mi dice che non è vero; io sono contento, ma la sperimentazione più o meno clandestina e a carico, in certi casi, dei genitori del gruppo linguistico italiano, è una prova che esiste questa necessità per quanto riguarda il gruppo linguistico italiano. Ma quando si argomenta - lo ha accennato anche Langer - il timore di perdere l'identità etnica, io vado all'art. 7 della norma di attuazione 116, e leggo che „*nelle scuole elementari secondarie di cui al precedente comma - cioè riguardo alle scuole in lingua ladina - la lingua ladina è usata quale strumento di insegnamento. Nelle scuole materne, e nelle prime classi delle scuole elementari, per avviare gradualmente gli alunni alla conoscenza della terza lingua, si usa anche la lingua ladina, la lingua parlata dagli stessi in famiglia*”. Addirittura abbiamo un gruppo linguistico, che è quello ladino, che per quanto riguarda il mantenimento dell'identità etnica è sottoposto, a partire dalle scuole materne, ad apprendere addirittura 3 lingue contemporaneamente. Quindi, o il discorso di carattere scientifico, pedagogico ecc., vale per tutti, o abbiamo un gruppo nella nostra provincia che è immune da questa possibilità. Inoltre il mantenimento dell'identità etnica da parte di questo gruppo viene attaccato in maniera doppia rispetto agli altri due gruppi linguistici. Mettiamoci d'accordo su questa questione per capire che è un argomento che non si può assolutamente sostenere, anche se riconosco che esistono due posizioni che sono tra loro nettamente contrastanti e che danno ragione o agli uni o agli altri con la medesima forza perché sono sostenuti da argomentazioni di carattere scientifico altrettanto valide. Il riferimento a questi articoli mi sembra piuttosto

debole, e mai, anche in altre occasioni quando si è discusso a quattr'occhi questo argomento, sono venuti fuori argomenti che avessero una dimensione diversa da questi che noi riteniamo ancora deboli; le ragioni sono delle altre. Ho tentato di sforzarmi di capire perché la Volkspartei mantenga questo atteggiamento: anche se noi riconosciamo che viene minata l'identità etnica - riconosco che i gruppi più deboli dal punto di vista del mantenimento dell'identità etnica sono il gruppo tedesco e quello ladino -, se ci fosse questa preoccupazione, va bene, lasciateci prendere una decisione unilaterale; noi correremo questo rischio, siamo disposti a correrlo, non noi, ma le nostre famiglie.

Questo fatto registra il rovesciamento in questi ultimi anni dei termini della questione, così come è stata denunciata dal collega Dubis: l'atteggiamento da parte del gruppo linguistico italiano molto diffuso di qualche anno fa nell'affermare che siamo in Italia e che quindi la lingua parlata deve essere l'italiano per tutti i gruppi, si è semplicemente rovesciato. È un fatto estremamente positivo, e quindi l'atteggiamento che assume la Volkspartei paradossalmente provoca una sorta di ripresa di nazionalismo per motivi addirittura opposti a quelli di qualche anno fa sulla medesima questione. L'atteggiamento dal punto di vista culturale si è rovesciato, da parte del gruppo linguistico italiano, non solo, ma l'atteggiamento della Volkspartei suscita nella maggioranza della popolazione un atteggiamento contrario rispetto a quello di qualche anno fa. Si dice: „Voi volete impedire al gruppo linguistico italiano di incominciare a imparare la lingua tedesca anche dalle scuole materne”. Io dico che la sperimentazione o l'approccio deve essere una cosa seria. Caro Mitolo, quando Lei a tutti i costi sostiene le Sue tesi, non si accorge che è in piena contraddizione, perché sostiene che non solamente in Italia, ma nel resto del mondo è importante conoscere due lingue; quindi, a maggior ragione nella nostra provincia, dove siamo nelle condizioni ancora più delicate per conoscere una seconda lingua non solamente come fatto culturale puro e semplice o di mantenere rapporti con altri Paesi, ecc., ma è una necessità vera e propria. Pertanto, a maggior ragione si dovrebbe riconoscere l'importanza e l'opportunità nella nostra provincia di conoscere una seconda lingua, che ha dei significati che vanno al di là della conoscenza di una seconda lingua.

MITOLO (MSI - DN): (*Interrompe - unterbricht*)

SFONDRINI (PSI): No, Lei ha detto „Ecco, adesso Vi trovate nelle condizioni che noi avevamo già previsto a suo tempo ecc., e quindi state pagando”. Indubbiamente il problema degli insegnanti è un problema fondamentale, non nascondiamocelo; c'è addirittura la proposta di rivolgerci all'esterno per ovviare a questo grosso inconveniente. Riconosciamo, per esempio, che il gruppo lingui-

stico tedesco ha superato delle grosse difficoltà ed è ancora in grosse difficoltà per avere i propri insegnanti; sappiamo, per esempio, che nelle scuole superiori del gruppo linguistico italiano oggi si fa fatica a trovare degli insegnanti qualificati - potrei citare degli esempi di questi giorni, non di anni fa - e allora si deve ricorrere ad incarichi per l'insegnamento della seconda lingua, violando lo Statuto, ad insegnanti appartenenti al gruppo linguistico italiano che non hanno una qualificazione specifica per quanto riguarda l'insegnamento della seconda lingua. Siamo arrivati a questo punto, bisogna riconoscerlo, dopo anni e anni in cui si discute questo importante fatto, e ci sono indubbiamente delle responsabilità. Non si può negare che non ve ne siano, se oggi ci troviamo in queste condizioni. Il riconoscimento di questo fatto è estremamente grave: non significa, per lo scopo che si vuole raggiungere attraverso questa mozione, che non si sia in condizioni di fornire dei momenti di sperimentazione non solo dal punto di vista dell'apprendimento, ma anche dal punto di vista psicologico. È una grossa battaglia nei confronti del gruppo linguistico italiano quella dell'opportunità non soltanto per conseguire il patentino, ma del vero apprendimento della seconda lingua.

Ecco che allora la nostra mozione è anche da vedere sotto questo aspetto: bisogna che l'argomento venga ripreso; non si può assolutamente rimanere in questa condizione ambigua, colleghi della DC e del PSDI. È passato quasi un anno dalle elezioni e sono consapevole fino in fondo quali sono i motivi veri e di fondo che impediscono ad una maggioranza di avere dei rapporti normali al suo interno, che abbia una base programmatica, una linea politica da perseguire; questo però non significa nel modo più assoluto che questo discorso rimanga nel cassetto. Probabilmente questa mozione avrà la sorte che hanno tutte le mozioni, perché abbiamo già sentito il discorso del portavoce della Volkspartei e credo che poi il collega Zelger rincarerà ancora la dose. Questa è la mia impressione. Sono facile profeta nel dire queste cose. Ebbene, se così fosse, è venuto il momento almeno di verificare in questo tipo di maggioranza questo argomento, che è al di fuori della questione riguardante l'ancoraggio della proporzionale etnica al censimento e tutte le altre questioni che avete sollevato e che hanno impedito di trovare l'accordo. Quindi, se non altro ha questo effetto. E non è per sollecitare, colleghi, spinte di un certo tipo; non è tacendo che queste spinte, che lui definisce di carattere nazionalistico e per cui bisogna andare molto cauti in certe iniziative, che esse vengono attenuate, ma è il contrario. Non parlando di queste cose, non affrontando questi problemi, si suscitano e si coltivano certe spinte che sembravano sparite nella nostra provincia, ma che per queste e per altre ragioni stanno riemergendo in maniera abbastanza consistente.

Se questa mozione non fosse servita altro - è un invito a chi ha dei rapporti molto più che quotidiani - che a mettere sul tappeto il problema e ad affrontarlo più seria-

mente, sarebbe già un buon passo avanti. Lo dico alla Volkspartei, perché è poco seria la posizione che essa assume: è arbitraria nei confronti di un gruppo linguistico. Potrei aggiungere qualcosa di più, ma non lo faccio per non inasprire il clima.

LUNGER (PDU): Geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte im Rahmen dieser Diskussion gleich vorwegnehmen und klarstellen, daß es für mich ein Recht einer jeden Volksgruppe ist, ihre eigene Schule im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten autonom zu verwalten; daß es Recht einer jeden Volksgruppe ist, eine klare, sprachlich nicht vermischte Volksschule und auch Oberschule für sich zu haben. Das möchte ich klarstellen, damit nicht wieder, wie das schon einmal der Fall war, der SVP nahestehende Kreise herumreden, ich würde für eine Vermischung eintreten. Man hat einfach herumgeredet, ich hätte bei irgendeiner Abstimmung da dafür gestimmt. Bei der betreffenden Abstimmung war ich überhaupt nicht dabei. Um das klarzustellen und möglichen Verleugnungen vorzubeugen, wollte ich das sagen, denn gewissen Kreisen ist ja keine Lüge zu minderwertig, um einen Oppositionsvertreter fertigzumachen. Das wollte ich vorwegnehmen und klarstellen und jetzt aufgrund dieser klaren Stellungnahme meine Ansicht über die Bedeutung des Art. 19 und das Recht jeder Volksgruppe aufgrund des Art. 19 darlegen.

Der Art. 19, erster Absatz, sagt: In der Provinz Bozen wird der Unterricht usw. in den Grundschulen von der zweiten oder dritten Klasse an erteilt, je nachdem, wie es mit Landesgesetz auf bindenden Vorschlag für die betreffende Sprachgruppe festgelegt wird, und in den Sekundarschulen ist der Unterricht der zweiten Sprache Pflicht. In den Durchführungsbestimmungen ist praktisch nichts anderes drinnen als eine Wiedergabe dieser Bestimmung, wo festgelegt wird, daß eben ab dem zweiten oder dritten Volksschuljahr, je nach Landesgesetz, das auf Vorschlag der betreffenden Sprachgruppe zu erlassen ist, erteilt wird.

Wir haben hier zwei Punkte, und ich möchte jetzt nicht auf das Politische der Frage eingehen, sondern vor allem auf die juristische Interpretation. Da mir scheint, daß hier bei der Interpretation dieses Artikels geradezu, juristisch gesehen, eine Vergewaltigung vorgenommen wird. Es sind hier zwei Punkte, die herauszugreifen sind.

Punkt 1. Es wird die Pflicht festgelegt, daß in der Volksschule ab dem zweiten oder dritten Volksschuljahr die zweite Sprache erlernt werden muß, also unterrichtet werden muß. Diese Bestimmung ist deshalb wichtig, weil im übrigen Staatsgebiet eine solche Pflicht nicht in der Rechtsordnung verankert ist und somit kein Kind in der Volksschule verpflichtet werden könnte, eine zweite Sprache zu erlernen. In unserem Gebiet herrscht eine Ausnahme und es ist somit die Pflicht festgelegt, die zweite Sprache zu erlernen.

Punkt 2. Je nach Vorschlag der betreffenden Volksgruppe kann mit Landesgesetz festgelegt werden, ob diese Pflicht im zweiten oder im dritten Volksschuljahr beginnt. Das heißt, es ist jetzt ganz klar der Grundsatz vorhanden und festgelegt, daß jede Volksgruppe hier Autonomie hat, zu bestimmen, wie sie die Durchführung dieser Pflicht der Erlernung der zweiten Sprache gestalten möchte, das heißt, wann sie es für opportun hält, mit dieser zweiten Sprache zu beginnen.

Ich kann mich erinnern, Landeshauptmann Dr. Magnago wurde noch vor Verabschiedung des Paketes in einer Versammlung vor Studenten auf dies angesprochen und hat folgendes geantwortet: Ja, schaut, das ist nicht eine politische Frage, sondern eine pädagogische. Manche Pädagogen sagen, es ist besser, schon etwas früher anzufangen, manche etwas später. Wir haben deswegen eine solche Regelung drinnen, um da etwas Spielraum zu haben.

Nun, das sind einmal die zwei Grundsätze. Jetzt aber zurück zum Grundsatz der Verpflichtung der Einführung einer Pflicht ab einem bestimmten Alter mit dem entsprechenden Ermessensspielraum, diese zweite Sprache zu erlernen bzw. zu unterrichten. Eine Pflicht beinhaltet, wenn nicht im Gesetz etwas anderes festgelegt ist, niemals das Verbot, außerhalb dieser Zeit, wo man verpflichtet wird, etwas zu tun, diese Pflicht oder dasselbe, zu dem man verpflichtet wird, freiwillig außerhalb zu tun. Das ist ein juristischer Gewaltakt, eine Vergewaltigung einer Rechtsnorm und ein Auf-den-Kopfstellen aller Grundsätze, die in unserer Rechtsordnung verankert sind und welche die Auslegung und Anwendung von Rechtsnormen betreffen, wenn man hergeht und sagt: weil hier steht, daß ab dem zweiten oder dritten Volksschuljahr es Pflicht ist, die zweite Sprache zu erlernen, ist es vor diesem Alter verboten, in der Schule die zweite Sprache zu unterrichten bzw. auf freiwilliger Basis zu unterrichten und zu erlernen. Meines Erachtens wäre es nicht möglich für eine Volksgruppe, vor diesem Alter, vor diesen Klassen den Schülern zur Pflicht zu machen, die zweite Sprache zu erlernen. Denn vor diesem Alter ist keine Pflicht da, der Grundsatz der italienischen Rechtsordnung ist, daß die Kinder in der Volksschule keine Pflicht haben, eine zweite Sprache zu erlernen. Aber sicher wäre es rechtlich zulässig, daß auf freiwilliger Basis eine Volksgruppe versucht oder es tut, vor diesem Alter die Schüler in der anderen Sprache zu unterrichten.

Herauszuinterpretieren von diesen Normen, daß dies unzulässig, verboten wäre, ist einfach nicht möglich. Das kann man nicht einmal von einem Nichtjuristen erwarten, daß er eine solche Auslegung zusammenbringt. Wenn das ein Jurist tut, dann muß man sich an der Kopf greifen. Denn eine solche Interpretation ist nicht zulässig. Und darum geht es mir jetzt: daß wir lernen, juristische Normen korrekt anzuwenden; aus einer Pflicht kein Verbot zu machen oder aus einem Recht keine Verpflichtung zu machen. Ich nehme jetzt ein Beispiel:

Wenn für die Fahrschulen vorgeschrieben ist, daß ein Fahrschüler, bevor er zum Beispiel zur praktischen Prüfung zugelassen wird, ich weiß nicht, meinetwegen 20 Fahrten machen muß, als Probe zum Erlernen, dann muß er 20 Fahrten machen, bevor er zugelassen wird; das heißt aber lange nicht, daß er nicht 25 machen darf. Das geht einfach nicht, daß man sagt, du darfst nur 20 machen, sondern es heißt, du mußt wenigstens 20 machen. Oder bei Studentafeln, wenn eine bestimmte Anzahl vorgeschrieben ist, dann heißt das unter Umständen nicht, daß man die, wenn man es für gut befindet und tragbar, nicht bis zu einem gewissen Punkt noch erhöht dürfte. Ein Minimum an Rahmen für eine Verpflichtung beinhaltet in der Regel, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes festgelegt ist, kein Verbot, etwas mehr zu tun. Das herauszulesen ist einfach gegen jede Logik der rechtlichen Interpretation.

Ich betone noch einmal, daß ich für die klare Schule bin und gegen die sprachliche Vermischung in den Schulen. Aber, gerade aufgrund dieses Artikels 19 ist ganz klar festgelegt, daß jede Volksgruppe hier selber bestimmen soll, indem eben gerade die Bestimmung dieses zweiten oder dritten Jahres, immer bezüglich der Pflicht, dem Vorschlag der Volksgruppe überlassen ist. Es ist keine Norm da, die es zuläßt, daß eine solche Entscheidung einer Volksgruppe durch irgendeine direkte oder indirekte Entscheidung der anderen präjudiziert wird. Nachdem also hier die Autonomie der beiden einer Volksgruppen bezüglich der Verwaltung der Schule und der Gestaltung dieses Unterrichtes der zweiten Sprache zu grundegelegt ist und der Sinn der Sache ist, kann ich einfach nicht dafür sein, daß jetzt eine Volksgruppe, auch wenn das Vertreter meiner Volksgruppe sind, hergehen und versuchen wollen, der anderen Volksgruppe zu verbieten, wenn die versuchen will, auf freiwilliger Basis vor diesem Alter mit dem Unterricht der zweiten Sprache zu beginnen. Denn, wie gesagt, das sind pädagogische Probleme, ob das besser ist ob man zuerst in der eigenen Sprache daheim sein muß. Ja, wer ist denn von uns als Erwachsener wirklich in der Muttersprache daheim? Wer ist denn mit 14 Jahren in der Muttersprache daheim, geschweige denn mit 7 Jahren? Dann dürfte man bei den meisten wohl überhaupt nie anfangen.

Es ist aber eine pädagogische Überlegung, ob es besser ist, auch vorher schon zu beginnen. Manche sind dafür, manche dagegen. Man soll dann nicht hergehen und der anderen Volksgruppe diesbezüglich Vorschriften machen, wenn sie pädagogisch Fehler machen will; bitte, dann soll sie es eben tun. So wie wir uns jede Einmischung diesbezüglich mit Recht verbitten würden, bin ich einfach dagegen, daß Vertreter der Deutschen Volksgruppe den Italienern Vorschriften machen, sozusagen für sie bestimmen wollten, was für ihre Kinder diesbezüglich am besten wäre. Auf das kommt es ja letzten Endes hinaus. Ein Verbot ist einfach nicht herauszulesen aus dem Art. 19, gerade zwecks Garantie dieser Unab-

hängigkeit der Schulverwaltung zwischen den einzelnen Volksgruppen. Möglichste Toleranz gegeneinander bin ich dagegen, daß hier eben versucht wird, durch einen juristischen Kraftakt, durch eine Vergewaltigung einer juristischen Norm, der anderen Volksgruppe den Willen der einen aufzuzwingen. Das ist nicht tragbar, und solche Verhalten müssen früher oder später zu ganz klaren und schweren Konflikten zwischen den Volksgruppen führen. Denn wenn wir mit Recht seit Jahrzehnten gekämpft haben um Autonomie, um Selbstverwaltung gerade auf dem Gebiete der Schule, dann haben wir jetzt kein Recht, in kleinlicher Weise den anderen vorzuschreiben, wann sie anfangen dürfen, eine zweite Sprache zu erlernen oder zu unterrichten.

Das ist meine Meinung, und die werde ich auch in Zukunft vertreten. Ich bin da ruhig, besonders was das Rechtliche betrifft, denn ich bin der Meinung, wenn wir diese beiden Normen international bekannten Universitätsprofessoren, sei es im Verfassungsrecht wie im Völkerrecht, zur Begutachtung vorlegen, dann bin ich überzeugt, daß von allen dasselbe kommen wird: daß hier eine Pflicht enthalten ist und kein Verbot.

FERRETTI (Assessore all'istruzione pubblica e cultura - DC): Signor Presidente, non si tratta di una formalità, ma quando parlo dai banchi del Consiglio parlo come capogruppo ed esprimo il parere del mio partito. Gradirei quindi che ciò venga specificato.

Crede che sia noto a tutti la posizione della Democrazia Cristiana in ordine al problema della sperimentazione dell'apprendimento precoce della seconda lingua. Il mio partito, in tempi in cui questo problema non era affatto all'attenzione dell'opinione pubblica, ha compiuto atti oggettivi, seri e fondati, perché questa sperimentazione si avviasse e procedesse. All'epoca, in sede di prima votazione, aveva ottenuto anche il consenso della Südtiroler Volkspartei. Il già vicesindaco di Bolzano, collega Buratti, ricorderà molto bene come la Südtiroler Volkspartei votò su questo argomento in Consiglio comunale la possibilità di sperimentare la seconda lingua nelle scuole materne, perché allora - eravamo all'inizio degli anni 70 - si ipotizzò di introdurre questo insegnamento in forma sperimentale. Poi, e solo successivamente, per intervento non del gruppo consiliare comunale, ma dei maggiorenti della Südtiroler Volkspartei, venne per prima la bocciatura per motivi di ordine amministrativo e poi l'espulsione dal regolamento generale delle scuole materne comunali dell'art. 10, che prevedeva appunto la sperimentazione. Faccio questa premessa per restituire alla Democrazia Cristiana le sue opinioni, che non vengono interpretate, collega Langer, dal giornale. I giornalisti dell'„Adige", di norma non sono iscritti a partiti, ma sono liberi come tutti i giornalisti.

LANGER (NL - NS): (interrompe - unterbricht)

FERRETTI (Assessore all'istruzione pubblica e cultura - DC): Per l'esperienza che ho, li vedo liberi ed anche oggettivi. Risulta invece che organi di informazione validissimi in campo regionale, impegnino - certamente anche loro sono sereni ed oggettivi - esponenti qualificati ed impegnati in prima linea del Partito Comunista, di cui due oggi sono presenti e faranno la cronaca di quanto sta accadendo certamente con molta serenità, con molta oggettività, come devo dare atto sta accadendo, e questo per amore di verità. Quindi, Ferretti, caro Langer, quando scrive non si nasconde né dietro pseudonimi quando parla di cose politiche, né dietro non firme. Forse Lei è abituato a fare diversamente - è stato anche direttore di un giornale - ma Ferretti, che pure è un suo collega giornalista, quando prende posizione lo fa apertamente e nel caso specifico Le ho portato elementi oggettivi, che testimoniano non solo il mio impegno personale, che ha poco conto, ma l'impegno preciso del mio partito. Direi che sono piuttosto deluso del dibattito di questa mattina; non solo della mozione, che non è né vaga, né esitante, né attenta, ma è reticente ed evasiva. Questa mozione è reticente ed evasiva e il dibattito tutto sommato, a parte alcuni interventi, è diverso da ciò che si dice nella mozione. Direi che apprezzo di più il dibattito che non la mozione e l'azione che ha accompagnato la mozione.

Signori, la sperimentazione - qui non facciamo i filologi, perché chi fa politica deve essere persona seria - è cosa diversa da quello che si dice nella mozione ed è cosa diversa da quello che si è andati a fare sottoscrivere in giro per le piazze. Ma leggo per non sbagliare: „Noi, cittadini della provincia di Bolzano, siamo consapevoli del fatto che nella nostra terra il superamento dei nazionalismi, la collaborazione tra i diversi gruppi etnici e la stessa giustizia sociale sono destinati a rimanere irraggiungibili se non si supereranno le difficoltà che derivano dalla mancata conoscenza della lingua". Qui, „la mancata conoscenza della lingua" è uno, non il solo e neppure il principale punto, collega D'Ambrosio e collega Gouthier, che in modo molto frettoloso quella mattina mise giù, annusando nell'aria un argomento e forse anche questa petizione, che è diversa dalla mozione. E si continua: „Giudichiamo quindi profondamente contraddittorio il veto posto di fatto dall'Amministrazione provinciale all'insegnamento della lingua tedesca nelle scuole materne. Noi rivolgiamo quindi un appello ai responsabili di Governo, perché questo assurdo veto cada. Speriamo che anche nelle scuole materne italiane sia promosso ed organizzato dalla Provincia l'insegnamento sperimentale e facoltativo della seconda lingua". Così finisce la petizione, ma l'insegnamento sperimentale e facoltativo della seconda lingua non è sperimentazione e non è gioco di parole.

La stessa cosa non viene detta nella mozione, cioè di promuovere l'insegnamento facoltativo della seconda lingua anche a questo livello, comunque secondo livelli di rigore e serietà. E qui non si sa che cosa vuol dire; ecco

perché dico che è reticente. Sperimentazione: questo do-
vevate andare a far sottoscrivere, e non accetto oggi la
disponibilità a modificare, quando avete compiuto una
operazione di ordine nazionalista, come io da molto tem-
po vado dicendo, che sta facendo il partito comunista; e
forse la stampa, una volta, senza chiosare ciò che dico, ri-
porterà anche questa impressione della Democrazia Cri-
stiana. È un'operazione di tipo nazionalista, perché
quando su un giusto e sacrosanto argomento, noi tendia-
mo ad esasperare gli animi con argomentazioni che han-
no del politico e sono fraudolente, noi compiamo azioni
di nazionalismo. Questo debbo dire al Partito Comuni-
sta: attenti ad esasperare gli animi attorno ad un argo-
mento vero, con raccolta di firme, creando attese, che
non possono e non potranno mai venire soddisfatte con
la pienezza che voi avete voluto far intendere. Se oggi,
per caso, come San Paolo sulla strada di Damasco, la
Südtiroler Volkspartei si ravvedesse e quindi desse quel-
l'interpretazione giuridicamente e politicamente corretta
che più volte è venuto fuori da questo, come da altri con-
sessi, non avremmo comunque la possibilità di dare l'in-
segnamento facoltativo a tutti coloro che lo chiedono,
che potrebbero essere la stragrande maggioranza, né rigo-
rosamente seguito, perché non abbiamo il personale. Il
problema principe del bilinguismo è proprio questo.
Questo del personale è il problema principale su cui dob-
biamo compiere delle azioni, su cui dovremo intervenire,
magari anche con delle mozioni. Tuttavia, noi interver-
remo anche per il bilinguismo precoce, per quelle che
sono le nostre responsabilità ed il senso di sensibilità che
ci anima. Il gruppo di lingua tedesca si deve mettere in
testa che il bilinguismo in Alto Adige non ci sarà fino a
quando non saranno state compiute, a livello globale,
quegli interventi di sollecitazione, di facilitazione, di
esortazione, di animazione, di promozione e di tutto
quell'„one” che volete voi, per darci gli insegnanti di se-
conda lingua. Oggi, di oltre 250 insegnanti di seconda
lingua sulla totalità delle scuole di lingua italiana, ne ab-
biamo meno di 100 appartenenti al gruppo di lingua te-
desca. Questa è la realtà e la drammaticità del problema.
Non che gli altri 150 siano degli incapaci: per carità ci
sono dei bravi insegnanti e ci sono degli insegnanti che
sanno fare il loro mestiere, ma mentre da una parte il
gruppo di lingua tedesca non ha da metterci a disposizio-
ne gli insegnanti di seconda lingua, dall'altra pretende di
mantenere in uno stato di precariato permanente - fino
ad oggi lo ha fatto - gli insegnanti di seconda lingua tede-
sca di madrelingua italiana, che stanno prestando la loro
opera, e quindi inficiando ulteriormente quel senso di
professionalità che li anima, perché è ancorato ad incer-
tezze circa la sorte, circa la possibilità di permanenza fu-
tura. Questo è il vero problema, ma se questo è il vero
problema per la scuola comune ed ordinaria, immaginia-
moci - Partito Comunista - se noi domattina, essendo ca-
duto da cavallo l'Assessore Zelger, cominciasimo a dire:
sì, nelle scuole materne insegnamo la seconda lingua.

Con quale rigore scientifico? Manchiamo di docenti,
manca la preparazione, la sperimentazione! Qui, quando
verrà fuori che noi non abbiamo votato questa mozione,
con troppa facilità gli organi che megafonano queste opi-
nioni, altereranno il senso del nostro no: Noi non siamo
quello che diciamo, noi siamo quelli che veniamo fatti
passare per essere; dalla stampa, dalla radio, da chi infor-
ma. Perché purtroppo, con questa invenzione dell'orario
delle sedute fino alle 14, a cui sono profondamente con-
trario, impediamo ulteriormente alla gente di venire ad
assistere. Può darsi che tra mattina e pomeriggio qualcu-
no venga, ma di sicuro non si viene a sentire noi quando
si deve andare a mangiare. Quindi, purtroppo noi, come
in tutti i consessi, non siamo quello che diciamo e quello
che facciamo, ma siamo quello che ci viene messo in
bocca o quello che ci viene fatto dire. Ebbene, se domani
noi potessimo fare la sperimentazione, questa non sareb-
be tale. Che cosa è la sperimentazione? È un accertamen-
to condotto in modo scientificamente rigoroso, con veri-
fiche preventive, e successive, al fine di controllare se è
possibile l'insegnamento di una determinata cosa. Quan-
do ci fu la famosa scuola media unica nel 1963, per alcu-
ni anni si è portata avanti una sperimentazione per ve-
rificare se la scuola media unica, senza il latino e con l'a-
bolizione degli avviamenti, era possibile. Adesso da anni
si sta parlando della scuola media superiore - ci sono del-
le esperienze in atto da lustri - per vedere se è possibile
l'unificazione del biennio della scuola media superiore.
Queste scuole hanno un orientamento completamente di-
verso dalle altre, il loro titolo è valido, ma si conduce
un'esperienza controllata, limitata - Partito Comunista,
non date da intendere che domattina c'è l'insegnamento
del tedesco dappertutto, perché tradite la popolazione e
fate operazione di nazionalismo! -, ma, ripeto, limitata, il
che vuol dire 10% o forse addirittura il 20% delle sezioni
o di coloro che domandano su un piano prestabilito.
Queste cose non le avete dette; ecco perché avete fatto
un'azione nazionalista, perché avete creato la sensazione
che la Südtiroler Volkspartei vieti l'apprendimento co-
munque totale, e questo non è vero. Invece, anche il col-
lega D'Ambrosio oggi ha detto una cosa diversa da quella
che dà da intendere, perché in apertura ha detto: nessuna
forzatura, ma sperimentazione. Vi vestite in un modo in
Consiglio, mentre fuori indossate un altro. Questa è l'ac-
cusa che faccio al Partito Comunista; questo è il pericolo
di questa terra, da quando il Partito Comunista ha man-
tenuto la bandiera rossa, ma combatte come se fosse
nera. Ce lo dobbiamo dire queste cose, perché noi siamo
preoccupati. Siamo preoccupati della diversità dell'atteg-
giamento politico che forze popolari stanno assumendo
in Alto Adige, che continuano a parlare di democrazia.
Guardate quanto sta accadendo all'occupazione della
casa di via Dante: parlano di democrazia, ma lì dentro
c'è soltanto un colore e ci sono soltanto determinate for-
ze, che con la violenza vogliono imporre la loro visione
politica, una loro visione amministrativa della società.

La democrazia è anche rispetto ed anche è combattere e saper perdere, ma mantenere vive le proprie convinzioni e portarle avanti. Volete che per noi sia facile sedere sui banchi della Giunta? Mi riservo di parlare anche come Assessore, se sarà necessario.

LANGER (NL - NS): (*Interrompe - unterbricht*)

FERRETTI (Assessore all'istruzione pubblica e cultura - DC): Certo che stiamo esercitando la democrazia e non ci fa piacere che Lei, collega Langer, ci riconosca niente. Questa è una constatazione ed un dato di fatto talmente lapalissiano che anche Lei lo ha capito. Certo che a noi non piace che su questo argomento ci dicano che noi non abbiamo ragione, convinti di averla sotto il profilo politico e giuridico, perché il Consiglio di Stato non è l'ultimo organismo del nostro Paese, ma è la Corte Costituzionale dell'amministrazione! E questo Consiglio di Stato ci ha dato ragione, Ma la stizza nostra, per vederci dire di no, non ci ha condotti a condizioni, ad interventi, a iniziative di carattere esasperante, come ha fatto il Partito Comunista. E poi, purtroppo, i cocci li dovremmo raccogliere tutti e forse noi ci vedremo più rotti nella nostra integrità di altri. Infatti, con troppa facilità si disinforma l'opinione pubblica dicendo delle nostre responsabilità, che nel campo specifico non ci sono. Ecco perché noi siamo fortemente sorpresi della leggerezza di questo modo di agire su un argomento che tocca in modo profondo gli animi della nostra opinione pubblica. Ed anche qui - faccio un riferimento al collega Sfondrini, che evidentemente non è in possesso di informazioni corrette - l'Assessore Ferretti non ha scritto che sono vietate le sperimentazioni volontarie di bilinguismo all'interno della scuola materna; Ferretti ha scritto che ogni e qualsiasi iniziativa che si intraprenda nella scuola materna, che abbia carattere di sistematicità, deve essere preventivamente presentata, autorizzata. Questo è generico e generale. Non è concepibile, infatti, che all'interno della scuola materna, come avveniva, entrino ed escano persone a fare proposte educative di qualsiasi genere, senza le dovute garanzie didattiche, professionali ed igieniche. Anche igieniche, certo. Ricorderò qui un episodio, che in questi giorni sto dicendo in giro...

LANGER (NL - NS): (*Interrompe - unterbricht*)

FERRETTI (DC): Langer, è inutile che Lei faccia gli sberleffi. Lei sa molto bene che prima di essere di ruolo, come professore ha dovuto fare una visita di sana e robusta costituzione. Ma faccio un esempio, così spaziamo il campo anche da questo argomento. Il tifo si chiama così, perché il cognome di una certa signora Maria era Tifo; e questa signora andava in giro per le scuole materne a fare la cuoca. Una volta non c'erano i ruoli ecc. ma era una professione quasi come quella dei cuochi negli alberghi. Ogni volta che arrivava questa donna, si riscontrava

l'epatite virale. Epatite virale qui e lì; infine, ci si accorse che questa donna era l'unico elemento costante tra le diverse epidemie. Si andò a controllare e risultò che era una portatrice positiva di tifo. Appunto, fu chiamata così questa forma di epatite. Potrei, comunque, citare decine e decine di altri esempi.

Io ho detto che chi entra sistematicamente nella scuola deve avere questo certificato di sana e robusta costituzione; non chi entra casualmente, perché non possiamo mettere sotto la cappa di vetro nessuno. In quella mia circolare si dice quanto ora ho spiegato e visto che qualcuno rideva sui motivi igienici, quanto ho detto spiega perché bisogna fare attenzione anche in questo campo. I bambini sono piccoli ed è quindi necessario che chi entra sistematicamente nella scuola abbia avuto delle visite preventive, cioè chi viene a fare per esempio attività ludiche costantemente, chi fa attività di animazione, chi insegna la seconda lingua costantemente, deve compiere questi accertamenti che sono di garanzia minima. L'ente pubblico deve dare queste garanzie. Immaginatevi se un domani il portatore di una malattia contagiosa entrasse nella scuola e la portasse ai bambini. Si accertasse poi che è entrato casualmente e che ha passato la malattia ai bambini. Immediatamente si aggredirebbe l'Assessorato, gli organi della pubblica amministrazione ecc. Ciò è avvenuto per episodi dove la responsabilità della pubblica amministrazione era chiaramente lontana da ciò che era accaduto; figuratevi se poi accadesse per questo. Ecco, quindi, il significato della mia circolare. Ovviamente, oltre a tutti gli esempi che ho fatto, questa si riferiva anche al problema del bilinguismo: non è concepibile che all'interno della scuola entrino delle persone che insegnano in modo a volte quasi casuale, non coordinato, non programmato, non sperimentale e non rigoroso sotto ogni profilo, a fare un'attività di cui non hanno dato gli estremi di programmazione, di durata ecc. Purtroppo, dopo questa mia circolare, non è venuta alcuna sollecitazione. Nessuno ha presentato un programma per dire: vogliamo fare questa attività di seconda lingua, vogliamo fare questa attività di altro genere e chiediamo l'autorizzazione e diamo queste garanzie. A quel punto si porrebbe il problema politico, che probabilmente, da parte della componente della Volkspartei e della Giunta, avrebbe una risposta negativa, ma da parte della componente democristiana e socialdemocratica avrebbe una risposta positiva. Tanto per la distinzione che c'è, in quanto la Giunta, non avendo assunto un suo programma, mantiene anche una sua articolazione diversa.

E veniamo ora all'opportunità o meno di insegnare la seconda lingua, chiarito il termine sperimentazione e chiarito che questo non è contenuto né nel documento, né nella mozione e che noi, quindi, non possiamo votare. L'apprendimento precoce della seconda lingua, a cui la Democrazia Cristiana è favorevole, ha sempre sollevato e sempre solleverà delle perplessità. È vero che a livello discorsivo noi abbiamo, come ricordava il collega Mito-

lo, un sostanziale consenso e cioè che anche pedagogisti sono d'accordo, ma qui dobbiamo fare una differenziazione tra gli insegnanti di scuola media, di scuola elementare, da colui che si interessa solo marginalmente dei problemi della pedagogia infantile, con i veri pedagogisti, psicologi o neuropsichiatri infantili che si interessano invece professionalmente della situazione mentale e comportamentale del bambino. È vero che a livello corrente si dice che è bene, ma è anche vero che indagini serie condotte su basi scientifiche nei paesi come l'Alsazia e Lorena, Canada ed altre località, che hanno i nostri problemi del bilinguismo, hanno evidenziato opinioni contrastanti: chi è favorevole totalmente, chi non lo è e chi rileva che si può essere favorevoli solo a determinate condizioni. Sono distinzioni tra ambiente familiare ed ambiente scolastico, che sarebbe poi la nostra; distinzioni tra persona che parla la lingua prima e la lingua seconda, che sarebbe la condizione di certe famiglie miste; distinzione in certi momenti della giornata tra scuola e casa, oppure nella stessa casa, al mattino tedesco ed al pomeriggio italiano, tanto per fare esempi. Anche qui, perché queste cose? Per restituire alla sua vera problematicità il problema, per non alzare bandiere di certezze, che poi potrebbero provocare delle reazioni presso la pubblica opinione, ma per accertare anche noi queste cose che forse altrove non sono state accertate con il rigore che noi chiediamo, per cui sarebbe opportuna la sperimentazione, cioè l'esperienza limitata ad un numero di sezioni per vedere se è opportuno andare avanti con l'insegnamento della seconda lingua. Anche noi siamo favorevoli che l'insegnamento sia offerto soltanto a chi lo richiede, dicendo con chiarezza che non è detto che dopo uno, due o cinque anni di sperimentazione si possa o sia opportuno estenderlo a tutti. Ecco come a nostro avviso andava affrontato un problema politicamente vero, ma che ha bisogno di essere prospettato in modo reale all'opinione pubblica. Nel modo con cui oggi si è provveduto, noi crediamo si sia fatto un cattivo servizio e che si sia concentrata in modo eccessivo l'attenzione sul bilinguismo precoce. Non dimentichiamo che oggi, oltre alla carenza di insegnanti all'interno della scuola, mancano persone qualificate per l'insegnamento. A livello nazionale vi sono esperienze avanzate di insegnamento di lingue straniere nella scuola elementare e di insegnamento di lingue straniere nella scuola materna. Non vedo perché ciò che è consentito in via sperimentale a livello nazionale, non dovrebbe essere consentito per quel gruppo, per quelle scuole, per le famiglie che lo chiedono, nel modo che abbiamo detto, l'insegnamento della seconda lingua. Ora, poiché il Presidente mi ha richiamato e poiché ho la facoltà di intervenire una seconda volta, chiudo il mio intervento.

ERSCHBAUMER (SPS): Herr Präsident! Wir haben vor einigen Tagen vereinbart, daß wir uns selbst einschränken wollen bei den Debatten zu den Beschlußan-

trägen, und gerade vom Landesrat Ferretti kamen öfters Kritiken, daß er in den Debatten zu den Beschlußanträgen Zeit verliert. Vielleicht hätte er selbst mit gutem Beispiel vorangehen sollen. Aber man sieht eben, wenn es wichtig ist, etwas zu sagen, dann will man es selbst sagen, das trifft auch bei ihm zu und ich respektiere das, aber ich bin doch der Meinung, ihm beizubringen, daß auch er den anderen Kollegen gegenüber das so respektiert.

Nun zur Sache. Ich habe vorgestern begrüßt, daß im Südtiroler Landtag vom Abg. Langer im Beschlußantrag eingebracht wurde (Lehrer zum Land bzw. Zwölferkommission). Auch jetzt bei der Behandlung dieses Beschlußantrages bin ich der Meinung, daß es gut ist, daß dieser Beschlußantrag hier behandelt wird, aber noch viel besser: daß dieser Beschlußantrag von nationalen Parteien hier im Südtiroler Landtag eingebracht wird. Und was verlangt wird: Vor vielen Jahren wäre es nicht denkbar gewesen, wäre es gar nicht möglich gewesen, solche Wünsche dem Südtiroler Landtag zu unterbreiten. Deswegen ist diese Initiative schon positiv zu bewerten. Also, ich sehe es schon positiv, daß von nationalen Parteien hier im Südtiroler Landtag eine Diskussion beginnt. Wenn es auch von vielen nicht so gesehen wird, bin ich der Meinung, daß wir mit solchen Initiativen noch optimistisch in die Zukunft sehen können. Es hängt natürlich davon ab, wie die Mehrheitsparteien, wie die Südtiroler Volkspartei hier reagiert. Sicher, ich respektiere das Autonomiestatut, und wenn die SVP jetzt sagt, ja, wir rütteln nicht am Art. 19, dann bin ich auch dieser Meinung. Die Frage ist immer nur, wie er interpretiert wird, denn wir wissen ja, daß sehr oft die Gefahr ist, daß von der Mehrheitspartei die Gesetze einfach so interpretiert werden, wie es ihr paßt, und darin liegt eben eine Gefahr. Erst kürzlich haben wir bei einem Beschlußantrag zur Wohnbaufrage erlebt, wie das Gesetz einfach interpretiert werden kann von der Mehrheitspartei. Und dann muß ich sagen, daß ich die SVP schon warnen muß, daß sie nicht nur ihre eigene Interpretation macht; und dazu kommen natürlich auch noch die Durchführungsbestimmungen, die ja leichter zu ändern wären. Wir wissen auch, daß das Proporzdekret auch schon öfters geändert worden ist; also diese Dekrete können ja geändert werden, soweit es einen Kompromiß gibt. Aber natürlich, der Art. 19 zum Verfassungsgesetz, da sollte man es nicht machen.

Ich sage das, auch wenn ich weiß, daß bei der Verabschiedung vor 10 Jahren ganz wenig mehr als 50% der damaligen Südtiroler zugestimmt haben; wenig mehr als 50% waren mit dem Paket einverstanden. Auch das muß man hier einmal sagen. Aber trotzdem ist es zum Verfassungsgesetz geworden, und als solches haben wir es auch zu respektieren.

ABGEORDNETER: (*Interrompe - unterbricht*)

ERSCHBAUMER (SPS): Ich habe gesagt, die damals

zur Abstimmung eingeladen wurden. Ich war zum Beispiel nicht eingeladen.

Das eigene Recht, was immer wieder behauptet wird, das eigene Recht der Volksgruppe muß verteidigt werden und muß womöglich noch ausgeweitet werden. Das heißt aber nicht, das deshalb die Freiheit des anderen eingeschränkt werden soll. Und ich glaube, hier muß man sich überlegen, wenn man das eigene Recht behauptet, wir lassen uns nicht verelsässern und dergleichen. Das heißt doch, daß wir auf unsere Sprache bestehen, daß wir diese vollkommen, perfekt lernen wollen, also die Muttersprache und dann erst die zweite Sprache. Aber wenn die italienische Volksgruppe glaubt, daß ihre Kinder bereits so reif sind, in einem früheren Alter in eine zweite Sprache einsteigen zu können, dann, glaube ich, muß man das ernstlich überlegen. Denn ich kenne sehr viele Leute, die ihre Kinder in den italienischen Kindergarten geschickt haben, als es noch möglich war, was diese Kinder gut vertragen haben und beide Sprachen gut kennen und dazu noch die englische Sprache dazugelernt haben, als Kind, und sie verstehen es auch, alle drei Sprachen richtig zu sprechen. Das hängt natürlich davon ab, ob sie auch sprachlich begabt sind. Und es ist hier gesagt worden, daß die Leute in den Dörfern draußen im Dialekt sprechen und selbst, erst einmal die Umgangssprache bzw. die Hochsprache erlernen müssen, so daß es für diese viel gefährlicher und schwieriger ist. Das müssen wir ganz offen sehen. Aber ich bin der Meinung, wenn die Italiener glauben, daß ihre Kinder bereits so reif sind, daß sie die zweite Sprache früher schon in Angriff nehmen können, dann muß man das ernstlich prüfen; und im Beschlußantrag ist das auch so vorgesehen, daß das ernstlich geprüft werden soll. Das sollte man nicht verhindern. Die Leute werden auch schon im Kindesalter reifer und können somit auch leichter lernen. Es sind da sehr viele Fähigkeiten, die im Menschen stecken, es hängt nur davon ab, wie und in welchem Alter diese Fähigkeiten geweckt werden. Ich möchte sagen, die SVP sollte hier nicht Auseinandersetzungen provozieren; sie sollte ernstlich überlegen, das zu prüfen und nicht Auseinandersetzungen in dieser Weise zu provozieren. Leider habe ich immer wieder festgestellt, auch in Vergangenheit, daß solche Auseinandersetzungen der SVP entgegenkommen, damit sie immer wieder sagen kann, die italienische Volksgruppe will uns schädigen, in der Sprache und auch in anderen Sachen, damit soziale Fragen in unserem Lande nie Fuß fassen können, daß immer die ethnische Auseinandersetzung aufrechtbleibt. Das scheint der SVP sehr gelegen zu kommen. Deswegen, wenn eine positive Initiative im Südtiroler Landtag gemacht wird, kann sich sie dann auch zum Negativen entwickeln, je nachdem, wie sie interpretiert wird. Denn die ethnische Auseinandersetzung, wie sie in der letzten Zeit geführt wird, kann sehr gefährlich sein. Nicht nur allein in Sprengungen kann sie sich auswirken, sondern auch dahin gehen, daß der Wille zum Zusammenleben in un-

serem Lande sich zu einen Umwille auswirkt und die deutschsprachige Bevölkerung unseres Landes, die Südtiroler sich nach Österreich und Deutschland orientieren, die Italiener nun nach Trient und nach Rom, so daß das Gemeinsame für die Autonomie nicht gewonnen werden kann.

Deswegen bin ich der Meinung, daß gerade im verpflichtenden Teil der ersten Zeile, wo es heißt: „die Landesregierung das Problem einer Prüfung zu unterziehen“, ich glaube, das soll sie tun, sie sollte das nicht ablehnen, den gesamten Beschlußantrag nicht ablehnen. Man sollte hier versuchen, wenn die weiteren Absätze nicht angenehm erscheinen, eine Änderung zu finden, aber „einer Prüfung zu unterziehen“, glaube ich, sollte sich die Landesregierung wirklich hören lassen. Man sollte aber auch nicht so weit gehen, daß man die Zweisprachigkeit nur allein als einen Zugewinn, als einen finanziellen Zugewinn betrachtet, wie zur Zeit die Tendenz ist. Auf nationaler Ebene hat die SVP einen Gesetzentwurf eingereicht, um zu erreichen, daß die Zulagen auf 100.000 usw. gestapelt werden. Ich glaube, die Zweisprachigkeit darf nicht nur rein wirtschaftlich gesehen werden, so daß Südtirol nur mehr als wirtschaftlich interpretiert wird. Ich glaube, es hat doch für unser Land einen höheren Sinn und soll nicht nur einen wirtschaftlichen Faktor darstellen, daß im öffentlichen Dienst dieser nur gezahlt wird, sondern ich bin eher der Meinung und es wäre besser, daß hier jeder seine Sprache sprechen kann und die Sprache des anderen versteht. Leider wird es schwierig sein, daß wir die ladinische Sprache erlernen, und hier bin ich der Meinung, wird auch zu wenig getan, wird auch zu wenig Verständnis entgegengebracht; aber auch hier, glaube ich, soll das einmal einer Überlegung wert sein, daß man auch diese Sprache nicht nur als ein Reservat der wenigen Gemeinden in Gröden und Gadertal ansieht, sondern daß man sich auch mit dieser Volksgruppe mehr befaßt.

Ich möchte abschließend noch eines sagen. Solche Initiativen, die jetzt durch diesen Beschlußantrag eingebracht werden, sollten sich nicht so auswirken, wie die Initiative der kommunistischen Partei vor den Landtagswahlen. Ich glaube, ungefähr 10 Tage vor den Landtagswahlen ist im nationalen Parlament ein Beschlußantrag eingebracht worden, der auch die Autonomie anbelangt, und das war doch ein Wahlschlager für die SVP, das war doch dieser Wahlhelfer von seiten der kommunistischen Partei, und da glaube, wird die SVP noch lange dankbar sein, daß die kommunistische Partei zielgerecht 10 Tage vor den Landtagswahlen diese Initiative ergriffen hat. Ich hoffe nicht, daß es hier zu einem Zusammenspiel kommt, sondern daß ernstlich diese Überlegung für unsere Bewohner, unsere Kinder gemacht wird, daß man hier nicht ein Zusammenspiel auf diese Weise macht. Denn ab und zu habe ich den Eindruck, wenn ich zum Beispiel im Rundfunk verfolge, wie der Kommunist Rauch Günther den Landtagspräsidenten lobt, weil er 400.000 ge-

spendet hat für die „Sarner Ski“, dann vermute ich manchmal ein Zusammenspiel der Konservativen mit der kommunistischen Partei. Aber ich wäre froh, wenn ich mich in diesem Fall täuschen würde, denn hier geht es doch um ernstliche Sachen, das soll nicht nur rein als eine Polarisierung, als politisches Spiel mißbraucht werden.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI - KPI): Sicuramente, Assessore Ferretti, la discussione che noi portiamo avanti in quest'aula non ha certamente la velleità di essere condotta in termini pedagogici e didattici, per quanto riguarda le modalità, le possibilità, i limiti della sperimentazione della seconda lingua all'interno delle scuole per l'infanzia. Lei sa bene che non è, l'aula del Consiglio provinciale, il luogo preposto a questo; Lei sa bene che la presentazione della nostra mozione all'attenzione del Consiglio non ha questo scopo; Lei sa bene, invece, che con questa mozione il Partito Comunista intende verificare in quest'aula, in maniera non reticente ed evasiva, ma in maniera interlocutoria, arricchita dal contributo di idee e di proposte dei gruppi politici dei singoli componenti, come ha detto all'inizio il compagno D'Ambrosio, verificare se esiste o no la disponibilità a prendere atto di un'esigenza che non da ieri o dall'altro ieri, ma già da parecchi anni parecchi cittadini e parecchi operatori culturali, parecchi operatori didattici all'interno delle scuole esprimono, perché si affronti in maniera seria, scientifica, il problema dell'approccio al bilinguismo, a partire non solamente dalle seconde e terze classi elementari, ma a partire anche dalle scuole dell'infanzia e dalla prima classe elementare. L'iniziativa del nostro partito di raccogliere delle firme a favore del fatto che una sperimentazione seria venga organizzata dalla Provincia, credo non sia un'operazione strumentale, nata a caso una mattina, ma sia invece il prendere atto, attraverso questa iniziativa, di esigenze che da anni sono espresse a livello di varie forze sociali, di varie componenti della scuola. Vorrei aggiungere ancora che è vero che la sperimentazione all'interno delle scuole per l'infanzia, così come è stata condotta, non risponde a criteri di scientificità; è vero che la sperimentazione, così come è stata portata avanti, non è stata coordinata, ovviamente né a livello locale, né a livello provinciale; ma perché? Si può forse pretendere che una sperimentazione che parta dall'esigenza e dalla buona volontà di parecchi genitori, abbia tutte quelle caratteristiche di scientificità che chiede non solo Lei, ma che chiediamo anche noi? Quindi non si può assolutamente accusare chi ha in questi anni portato avanti la sperimentazione. All'interno della città di Bolzano, già da 5 anni, non da poco quindi, le scuole comunali per l'infanzia portano avanti un tipo di sperimentazione che riguarda appunto la seconda lingua nelle scuole stesse. C'è stato, come ha ricordato Lei, una controversia fra il Comune e la Provincia, riguardo questa sperimentazione, e nel 1977 c'è stata una sentenza del Consiglio di Stato che dice che

la sperimentazione, nei termini appunto in cui è stata fatta e in cui potrà essere fatta, è legittima e non è contraria all'art. 19 del nuovo Statuto di autonomia, ma, anzi, lo integra. Ecco, questo è un fatto importante. È del 1977 questa sentenza del Consiglio di Stato, per cui da 5 anni nelle scuole comunali per l'infanzia si porta avanti la sperimentazione.

A Merano, per esempio, da due anni si porta avanti questa sperimentazione nelle scuole per l'infanzia. Ci sono state richieste formali, inviate agli Assessorati alla cultura di lingua italiana e tedesca da parte di alcuni comitati di gestione per le scuole dell'infanzia, perché sia la Provincia ad assumersi l'incarico di organizzare questa sperimentazione, proprio perché si rendevano conto, i comitati di gestione, i genitori, gli insegnanti stessi, le direttrici, tutti si rendevano conto, che non era possibile proseguire con quel tipo di sperimentazione, e che era necessario fare un salto di qualità. Questo salto di qualità nella qualificazione della sperimentazione poteva avvenire solo ed esclusivamente se la Provincia in prima persona si occupava di organizzare la sperimentazione. Sono passati quindi degli anni e che cosa è stato fatto? È stato preparato il terreno, perché ora si possa effettivamente trovarsi in una situazione favorevole per attuare questa sperimentazione. Lei dice che ci sono grosse difficoltà. È chiaro! Credo che nessuno si meravigli per affermazioni di questo tipo: mancano gli insegnanti, non esiste una preparazione adeguata per la sperimentazione stessa, ancora la sperimentazione non è stata vista, analizzata in tutti i suoi termini pedagogici e didattici. Io so che c'è un documento, uno studio della Provincia; è un progetto di sperimentazione della seconda lingua tedesca nella scuola materna e nelle prime classi elementari in lingua italiana della provincia di Bolzano ed è un documento che, sebbene non completo, tratta alcuni punti di come potrebbe essere portata avanti questa sperimentazione. Ebbene, io credo che questo progetto sia rimasto in un cassetto e nessuno più l'abbia preso in considerazione. Allora, il problema di fondo, Assessore Ferretti, non riguarda tanto, a mio avviso, come Lei ha detto, le modalità di applicazione della sperimentazione, citando tutta una serie di difficoltà reali che noi non contestiamo: tipo la mancanza di insegnanti, la mancanza di preparazione didattica e pedagogica per affrontare e realizzare questo tipo di sperimentazione, ma, secondo noi, il problema di fondo riguarda invece la volontà politica di affrontare questo problema, volontà politica che chiaramente è mancata se ci si trova ora, dopo tutto quello che ho detto, a non avere in mano assolutamente niente per poter dire di sì a questa sperimentazione, per fare in modo che essa sia valida. E allora perché accusare il partito comunista di strumentalizzare la cittadinanza? Io credo che veramente sia strumentale il capovolgere sempre quelle che sono le responsabilità. Noi non abbiamo fatto altro che raccogliere un'esigenza della cittadinanza. Nella mozione si chiede che sia la Giunta provinciale ad esprimersi su

questa esigenza espressa da migliaia e migliaia di cittadini in tutta la provincia di portare avanti questa sperimentazione nelle scuole per l'infanzia. Questo si chiede nella nostra mozione. Si chiede quindi se la Provincia è d'accordo con questo principio e si chiede alla Provincia di studiare essa stessa i modi, i mezzi per poter portare avanti, se è d'accordo con il principio, questa sperimentazione. Ma è chiaro che la Provincia non potrà portare avanti questo problema a tavolino, chiusa in se stessa; dovrà confrontarsi con le forze della scuola, perché è un problema importante. Finora la Giunta provinciale, anche gli stessi Assessorati alla cultura, sono stati molto chiusi, molto restii ad aprire, non solo su questo tema, ma anche su altri temi generali che riguardano la scuola, il dibattito con le forze sociali, con le forze che all'interno della scuola operano o che comunque con la scuola hanno stretti contatti.

Per quanto riguarda la petizione, essa è più precisa, se si vuole, perché essa si articola su due versanti. Da una parte vi è la protesta per quanto riguarda il veto che il Presidente della Giunta provinciale Magnago ha posto a questa sperimentazione, bollandola - scusate il termine, ma chiedo che veramente lui l'abbia bollata dicendo che è contraria allo Statuto di autonomia. Certo, il Presidente della Giunta provinciale non ha molto argomentato, come credo anche l'Assessore Zelger nell'ultima seduta del Consiglio provinciale, questo „no”. Io credo che sia un no basato, purtroppo, più sulla forza dei numeri che non sulla forza delle idee. La petizione, dicevo, oltre a dire no a questo veto, perché lo si considera oltre che politicamente, anche giuridicamente non valido, per i motivi che già il compagno D'Ambrosio, ma anche molti altri che sono intervenuti, hanno espresso in quest'aula, fa poi una proposta completa, chiede cioè che sia la Giunta provinciale ad organizzare la sperimentazione facoltativa della seconda lingua all'interno delle scuole per l'infanzia. Quindi, è una petizione che non vedo perché si debba definire in termini così negativi e denigratori. In effetti è una presa di posizione corretta, perché da una parte dice no a qualcosa che si vede come un'ingiustizia e dall'altra fa una proposta costruttiva sul che cosa si intende fare.

Vorrei ancora precisare qualcosa sulla circolare dell'Assessore Ferretti alle scuole per l'infanzia, circolare che ha suscitato indubbiamente una certa polemica, che ha suscitato dei dubbi. Da una parte l'Assessore Ferretti, a nome del suo partito, ricorda - l'ha ricordato anche in aula oggi - che la DC già alcuni anni fa e anche all'interno del Consiglio comunale di Bolzano si è battuta perché una sperimentazione seria venga portata avanti negli asili; dice questo, e noi gliene diamo atto; ma poi manda una circolare e anche al convegno di Bressanone, al quale l'Assessore era presente e al quale hanno partecipato le dirigenti delle varie scuole per l'infanzia della provincia, ebbene, in questa circolare e anche in quell'occasione l'Assessore Ferretti ha stigmatizzato la sperimentazione

così com'è stata fatta, dicendo che era una sperimentazione di cui c'era da vergognarsi. Ma perché - io mi chiedo - questa sperimentazione non aveva quei caratteri di scientificità che tutti vogliamo? L'ho già detto prima e non lo ripeto adesso. Non si può far carico alle famiglie della non scientificità della sperimentazione - questo a me sembra che non sia corretto - o far pesare su chi ha portato avanti con buona volontà questa iniziativa, su chi ha voluto colmare in qualche modo un vuoto e una carenza che è dell'istituto provinciale. Comunque, questa circolare è stata compresa da tutti gli asili come un no, un qualcosa che si è frapposto alle iniziative che parecchi asili avevano portato avanti in questi anni e la possibilità di continuare con questo tipo di sperimentazioni. È vero che non si dice esplicitamente che non possono entrare nella scuola le insegnanti che facevano sperimentazione; è vero anche però che c'è scritto che tutte queste entrate di esterni all'interno dell'asilo debbono essere preventivamente programmate, in modo - come dice Lei - da evitare tutta una serie di difficoltà. Ma non crede Lei che sia un voler in qualche modo rinchiudere ancora una volta le scuole per l'infanzia in loro stesse, e non aprirle all'esterno, non spingere invece a fare una serie di sperimentazioni? In questo senso, cioè come una difficoltà a proseguire nell'apertura della scuola per l'infanzia verso l'esterno, è stata concepita la circolare dell'Assessore Ferretti.

Concludo questo mio intervento sottolineando che per fortuna dai banchi di questo Consiglio sulla nostra proposta ci sono state delle convergenze positive, delle convergenze importanti, e credo che, indipendentemente dall'esito che questa mozione avrà, il problema lo dovremo riaffrontare ancora. Lo dovremo riaffrontare in quest'aula, lo dovremo riaffrontare fuori di quest'aula, nella società, dove ci sono forze che credono che il bilinguismo sia condizione necessaria per lo sviluppo di rapporti positivi tra i gruppi etnici. Quindi, davvero non vi sono delle motivazioni nazionalistiche in chi ha firmato questa mozione. Noi riteniamo, invece che proprio il consenso abbastanza ampio che ha ottenuto questa petizione sia la spia che settori sempre più ampi di popolazione, di lingua italiana e di lingua tedesca, abbiano la consapevolezza che il bilinguismo è davvero condizione necessaria per un progresso realmente civile nella nostra provincia.

ZELGER (Assessor für Schule und Kultur - SVP):
Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
Bereits seit langer Zeit - ich weiß nicht, es können vielleicht auch Jahre sein - schwelt so unter der Asche ein Problem, das sich Unterricht der zweiten Sprache im Kindergarten nennt. Daß dieses Problem nun hier einmal zur Aussprache kommen mußte, ist doch mehr als selbstverständlich. Daß Herr Kollege Langer - und ich möchte mich heute nicht weiß Gott wie auseinandersetzen - auch dieses Problema sofort dazu benutzt hat, um sein

schulisches und sein Bildungskonzept uns neuerdings, in Abwandlung des Artikels 19 des Statutes, vorzutragen, ist ja auch selbstverständlich. Und wir werden es noch öfters hören. Nächste Woche haben wir die Schulbezirke auch hier zur Behandlung, da kommt es zu einem gewissen Passus wieder – ich könnte heute schon zitieren, wo das kommt. Dies vorausgeschickt.

Die kommunistische Partei hat nun diese Motion vorgelegt, die wir alle kennen. Sie behauptet, hier einem Bedürfnis der italienischen Bevölkerung entgegenzukommen. Ich möchte das gar nicht in Abrede stellen, absolut nicht. Aber, daß es der kommunistischen Partei um noch viel mehr gegangen ist als nur um dieses Problem, das möchte ich mir als Mitglied der SVP erlauben, zu sagen: daß man ein Problem aufgegriffen hat, das sicher aktuell ist – das ist nicht in Abrede zu stellen –, um daraus auch parteipolitisches Kapital zu schlagen. Das ist für mich eine Binsenwahrheit. Völlig klar, daß man auch das Bedürfnis fühlt, zugegeben. Aber, daß man parteipolitisch daraus irgendwie auch Kapital schlagen wollte, das ist ja mehr als verständlich; weil man da auch Unterschriften sammelt. Aber, bitte, da möchte ich Ihnen eines schon sagen: mit dem Unterschriftensammeln, was Ihr gutes Recht ist, da ändert man kein Autonomiestatut. Das ist eine ganz trockene Wahrheit. Mit Unterschriftensammeln kann man wohl emotional wirken man, und etwas anheizen auch, das kann man. Aber Autonomiestatute, Verfassungsgesetze setzt man mit dem nicht aus der Welt! Das nur möchte ich eingangs gesagt haben.

Und erlauben Sie mir, daß ich nun doch etwas mehr aushole zu diesem Problem. Sehen Sie, es mögen das psychologische Faktoren, soziale Faktoren, historisch-politische Faktoren gewesen sein, die die italienische Sprachgruppe in der Vergangenheit davon abhielten, die deutsche Sprache zu erlernen beziehungsweise ein solches Opfer zu bringen, wie es die deutsche Volksgruppe gebracht hat: das Opfer zu bringen, auch eine zweite Sprache zu erlernen. So war die Vergangenheit! Machen wir uns nichts vor. Das Bewußtsein, deutsch lernen zu sollen, diese zweite Sprache erlernen zu wollen, dieses Bewußtsein ist sehr jung! Sind wir uns darüber klar? Man war wohl immer der Meinung, es muß eine Selbstverständlichkeit sein, daß die deutsche Sprachgruppe italienisch lernt – ich zitiere nicht den anderen Satz, den auch Dubis zitiert hat –, aber diese Selbstverständlichkeit hat man für sich selbst nie gesehen: auch eine zweite Sprache zu erlernen, um etwa auch kulturell der anderen Sprachgruppe mehr entgegenzukommen, oder gar, um das eigene Kulturbewußtsein zu steigern. Das hat man nie empfunden. Das ist alles erst jüngsten Datums. Und wir wissen alle, was die italienische Sprachgruppe dazu bewogen hat, nun irgendwie eine zweite Sprache zu erlernen. Aber, sagen wir diese Dinge auch, nach all dem, was hier in diesem Raum gesagt wird! Sagen wir auch das einmal ganz klar. Es kann sein, um ein Kulturbedürfnis zu befriedigen, kann sein! Es kann auch sein, und ich möchte

das zugeben, daß man irgendwie eingesehen hat: das Zusammenleben der Volksgruppen kann nur über eine Verständigung im muttersprachlichen Sinne erfolgen. Aber seien wir uns doch irgendwie getreu und lügen wir uns nicht selbst in die Westentasche: das Hauptmotiv sind doch die Proporzbestimmungen; das Hauptmotiv ist doch alles das, was mit der Neuregelung der Zweisprachigkeitsprüfung zusammenhängt. Das ist es. Aber sagen wir zumindest, wie die Dinge liegen: daß hier ein berechtigter Opportunismus vorliegt, – ich möchte das Wort „berechtigt“ mehr betont haben als das Wort „Opportunismus“. Und daß der liebe Vater Staat in diesem Zusammenhang mit der Regelung der Dinge an den Schulen, hinsichtlich der Erlernung der zweiten Sprache für die italienische Sprachgruppe nicht allzuviel getan hat, wollen wir wohl auch sagen. Denn es ist gar nicht so lange her, daß es in Bozen italienische Oberschulen technischer Art gegeben hat, wo man als zweite Sprache absolut nicht das Deutsch gelehrt hat, sondern Französisch oder Englisch, aber nicht Deutsch – in einer Provinz, wie Südtirol sie nun einmal ist. Das, glaube ich, sind Tatsachen. Was aber ich zumindest für meinen Teil und für meine Partei nicht akzeptieren kann, ist folgendes: wenn man nun plötzlich etwa der SVP die Schuld geben möchte, daß die italienische Sprachgruppe nicht doppelsprachig ist. Das klingt immer wieder durch, das hört man verschiedentlich: ja, letzten Endes seid ihr schuld, ihr hättet euch auch um das kümmern sollen. Und dann wird das Argument herausgezogen: ihr stellt uns nicht die Lehrer. Sicher, ich bin auch der Meinung, daß das Problem der Lehrer in diesem Zusammenhang ein gewichtiges Problem ist. Obwohl ich nicht der Auffassung bin – ich sage das ganz offen hier –, daß beispielsweise in den Volksschulklassen nicht auch der Deutschlehrer bestens Italienisch unterrichten könnte, und umgekehrt. Das alles haben wir, meine Generation, erfahren, ich zum Beispiel: Meine ersten Italienischkenntnisse, in der Volksschule, in den Zwanzigerjahren, die habe ich nicht von einem italienischen Lehrer empfangen; sondern, dort war es noch so üblich – bis dann die „riforma Gentile“ gekommen ist, und so weiter –, daß der Klassenlehrer auch den Italienischunterricht erteilt hat. Und das war nicht so etwas Unmögliches. Das wollte ich nur sagen, das aus meiner Erfahrung. Aber, sicher, das Problem des Lehrers, der diese zweite Sprache zu unterrichten hat, ist ein wichtiges Problem, und ich möchte das nicht übersehen haben. Aber ich möchte zumindest auch das eine sagen: wie können Sie von einer Sprachgruppe, oder Volksgruppe, wie wir es sind, die Deutsche sind, die selbst die größte Not an Lehrpersonen hat, sei es in der Volksschule – dort vielleicht „hatte“ –, sei es in der Mittelschule, wo wir noch die Notwendigkeiten und Bedürfnisse haben, wie können Sie da verlangen beziehungsweise dieser Volksgruppe in die Schuhe schieben, die Schuld geben, daß sie nicht dafür gesorgt hat, wenn sie für ihre eigenen Bedürfnisse nicht in der Lage war – aus verschiedenen

Gründen, und wollen wir nicht dort wieder anfangen, wo wir oft schon darüber geredet haben –, genügend Lehrer zu stellen. In der Volksschule haben wir sie jetzt. Und es ist auch so, daß im Bereiche der Volksschule immer mehr deutsche Lehrer doch auch in die italienische Volksschule hinüberwandern, gemäß den Normen der Durchführungsbestimmungen, wie wir sie haben. Anders liegen die Dinge bei der Mittelschule. Bei der Mittelschule wird es noch eine hübsche Zeit brauchen, bis wir so weit sind, daß wir auch in der Lage sind, diese berechtigten Bedürfnisse zu befriedigen. Aber, Sie können doch nicht gut verlangen... und sagen Sie mir nur einmal, wie das administrativ oder organisatorisch gemacht werden soll? Es kann doch niemand einen deutschen Lehrer, der an einer deutschen Schule eine Stelle hat, verpflichten, seine deutsche Stelle aufzugeben und in die italienische Schule abzuwandern. Das ist doch überhaupt nirgends drin! Administrativ, gesetzgeberisch ist das nirgends verankert. Also, da glaube ich, sollte man schon Verständnis entgegenbringen, und nicht erst sagen: ihr Deutsche seid schuld, wenn wir nicht Deutsch können. Das ist ein zu billiges Argument, meine Herren! Da kann ich nur eines entgegenbringen: ja, entschuldigen Sie, wenn unsere Kinder Italienisch lernen, und zwar von der zweiten Klasse Volksschule an, ja, ist das bei den Italienern nicht möglich? Warum soll das dort nicht möglich sein? Daß auch dort von der zweiten Klasse an eben auch die zweite Sprache erlernt wird. Nur wird man sich eben auch anstrengen müssen, so wie unsere Kinder sich anstrengen. Und da habe ich ein bißchen den Eindruck, daß man irgendwie doch wiederum das Opfer scheut, wie man es immer gescheut hat, wirklich ernstlich dahinterzusein, um die deutsche Sprache zu erlernen. Das ist mein Eindruck.

Sicher, ich gebe zu, und bin darüber sehr erfreut, daß nun vom italienischen Assessorat aus verschiedene Bemühungen unternommen worden sind – ich brauche sie nicht aufzuzählen. Und das ist alles sehr positiv. Denn, ich möchte schon das sagen, was ich öfters gesagt habe in diesem Raume, das so heißt: wir werden uns dann sehr verstehen, oder besser verstehen, ich sage auch gut verstehen, immer besser verstehen, sobald wir einmal gegenseitig in der eigenen Muttersprache sprechen können, was im Moment absolut nicht der Fall ist.

Und nun kommen wir zum Thema, das hier eigentlich ansteht: Unterricht, frühzeitiger Unterricht an den Kindergärten. Kollege Dubis hat bereits, glaube ich, die Gründe dargelegt, die aus rechtlicher Sicht dagegen sprechen. Ich möchte da gar nichts wiederholen. Nur möchte ich dem Kollegen Lunger antworten – er ist im Moment nicht da –, daß seine Interpretation des Artikels 19 und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen in keiner Weise, aus meiner Sicht, wirklich stichhaltig ist. Denn in den Durchführungsbestimmungen zur Schule – zum Unterschied von dem, was in Autonomiestatut steht, wo man von Pflicht, und so weiter spricht –, in den Durchführungsbestimmungen ist das Wort Pflicht nicht

da. Da heißt es: der Unterricht der zweiten Sprache beginnt in der zweiten Klasse Volksschule. Da ist nicht von einem Pflichtunterricht die Rede, sondern ganz kategorisch: der Unterricht beginnt in der zweiten Klasse, und nicht früher. (Zwischenruf) Herr Kollege Sfondrini, lesen Sie Artikel 6, zweiter Absatz: „*L'insegnamento della seconda lingua, italiana o tedesca, nelle scuole elementari ha inizio...*“, beginnt dort und nicht früher.

Nun gehen wir weiter und kommen zum Schulversuch. Also, es soll da ein Schulversuch unternommen werden. Sehen Sie, Schulversuche sind, gemäß DPR 419, Artikel 3, vorgesehen. Dort ist zwar nirgends die Rede von einem Sprachschulversuch; ein solcher ist *explicitis verbis* damit nicht gemeint. Und man könnte dann der Meinung sein, weil es nicht gemeint ist, nicht besonders ausgesprochen ist, könnte der Schulversuch irgendwie Gültigkeit haben. Aber nach unserer Interpretation ist in diesem DPR 419 auch noch ein Artikel 19 enthalten. Und dieser Artikel 19 sagt im ersten Absatz sehr ausdrücklich: daß das, was in diesem DPR 419 drinnensteht, im Einklang stehen muß mit dem Autonomiestatut. Das steht in diesem Artikel 19 drinnen. Aber gehen wir noch ein Stück weiter. Stellen Sie sich vor, man würde zu einem solchen Schulversuch ja sagen. Schulversuche, die wissenschaftlich begleitet und erhärtet werden, können immer nur von einer kurzen Dauer sein – sonst sind es keine Versuche. Entweder bin ich imstande, in drei bis vier Jahren zu eruiieren, ob ein Schulversuch Gültigkeit hat, oder ich bin nicht dazu imstande. Und dann würde man draufkommen, er hätte Gültigkeit: ja, was heißt das dann?! Dann muß man das abbrechen und muß es in Gesetz umwandeln. Und wie wollen Sie das umwandeln, mit dem Autonomiestatut? Da müssen Sie zuerst einmal das Autonomiestatut ändern, dann können Sie so weit gehen. Das ist zumindest meine Überlegung hier.

Das, was aus pädagogischer Sicht gesagt worden ist, möchte ich nur kurz so, auch aus meiner Schau, interpretieren. Es ist sicher so, und da bin ich der erste, der das zugibt, es ist sicher so, daß ein Kind im Alter von drei bis sechs Jahren beginnt, die Welt in allem zu begreifen; auch beginnt, den Dingen einen Namen zu geben; zu sagen, das ist ein Tisch, das ist eine Blume usw. Das vollzieht sich in diesem Alter von drei bis sechs Jahren. Und es ist auch ziemlich wissenschaftlich erwiesen, daß das Kind in diesem Alter am aufnahmefähigsten ist – für alles, und somit auch für Sprachen. Aber im selben Atemzug ist auch erwiesen, zumindest von einem anderen Teil der Wissenschaft – es wurde hier schon gesagt, daß es diesbezüglich verschiedene Meinungen gibt –, daß diese doppelte Bezeichnung – einmal muß man sagen, das ist „der Mond“, und einmal muß man sagen, das ist die „luna“ –, zwei ganz verschiedene Dinge, daß das für das Kind auch eine psychologische Belastung sein kann, nicht sein muß. Es ist nicht jedes Kind gleich. Ich gebe von vornherein zu, daß es zum Beispiel Kinder gibt, die vielleicht besonders talentiert sind, die vor allem zu

Hause besonders auch sprachlich gepflegt werden, die, ohne nur im geringsten einen psychologischen Schaden zu erleiden, in der Lage sind, zwei Sprachen zugleich aufzunehmen. Ich würde einen Blödsinn sagen, wenn ich das nicht zugeben würde. Aber, so etwas einzuführen, für die Allgemeinheit, auch wenn es fakultativ ist, das ist sowohl pädagogisch wie sprachwissenschaftlich nicht mehr zulässig! Das muß ich in aller Deutlichkeit sagen. Da könnte ich Ihnen – aber die Gegenseite kann dasselbe tun – Schriftstücke zeigen, die aus der Schweiz stammen: die Schweiz warnt davor, so etwas zu unternehmen! Weil das, aus pädagogischer Sicht, nur zu Schwierigkeiten führen kann.

Also, das alles irgendwie dargelegt, muß ich nun noch eines sagen, auch zu diesem Urteilspruch des Staatsrates – dieser wird immer und immer wieder herangezogen. Ich habe diesen einige Male durchgelesen, doch ich bin eigentlich nicht ganz klug geworden. Über eines bin ich aber klug geworden! Ich bin nicht so klug geworden! Ich bin nicht so klug geworden, daß diese alles möglich sei im Sinne einer echten Interpretation des Artikels 19. Das habe ich nicht herausgelesen. Wohl ist man zu einer Begründung gekommen – so lese ich es –, die gar nicht so juristischer Natur ist, sondern einer politischen Interpretation gleichkommt, und die so heißt: Um die sprachlichen und volklichen Barrieren zwischen den Volksgruppen abzubauen, kann im Kindergarten die zweite Sprache unterrichtet werden. Um die Barrieren zwischen den Volksgruppen abzubauen, kann der Unterricht im Kindergarten erfolgen. Also, das ist für mich eine echte politische Begründung. Nun, darüber kann man dieser und jener Meinung sein. Sicher, die Barrieren zwischen den Sprachgruppen wird man dann abbauen, wenn beide – um es noch einmal zu sagen – sich in ihrer Muttersprache unterhalten können. Deshalb, ich bin sehr dafür. Es wird ja der SVP mitunter unterschoben, sie will gar nicht, daß die italienische Sprachgruppe deutsch lernt. Ich muß ehrlich sagen, dieser Beweis müßte einmal erbracht werden, bevor man solche Behauptungen in den Raum stellt. Ich erlaube mir, hier zu sagen: wir sind der Meinung, und wünschen es, daß beide Sprachgruppen die zweite Sprache beherrschen soll. Aber, wir wünschen absolut nicht eine doppelsprachige Gesellschaft! Das wünschen wir absolut nicht! Ich habe das alles schon einmal gesagt. Sondern, wir wünschen, daß jeder, der in der Provinz Bozen seinen Wohnsitz hat, gemäß seinem Bildungsgrad die zweite Sprache zu erlernen hat – gemäß seinem Bildungsgrad; der eine wird sie mehr beherrschen, der andere weniger. Aber, jeder soll die zweite Sprache beherrschen. Davon sind wir überzeugt. Und wir sind auch der Meinung, daß die italienische Sprachgruppe alles dransetzen soll, um dieses Ziel auch zu erreichen. Nicht, weil wir es etwa erreicht hätten, absolut nicht! Wir haben uns angestrengt und haben einiges erreicht. Es gibt noch sehr, sehr viel zu verbessern, im Bereiche der deutschen Sprachgruppe, hinsichtlich der Erlernung der ita-

lienischen Sprache. Aber dies alles, um die zweite Sprache zu erlernen, das, so glauben wir zumindest, ist einmal gegen das Statut; und nach meiner Meinung auch gegen wirklich echte pädagogische, didaktische Vorgegebenheiten. Und schließlich sind wir der Meinung, daß im Zusammenleben der beiden Volksgruppen in Südtirol sicher das Bestreben da sein soll, die zweite Sprache zu erlernen, daß dies aber für beide Volksgruppen zur selben Zeit und mit denselben Anstrengungen und mit demselben Ernst zu erfolgen hat.

FERRETTI (Assessore all'istruzione pubblica e cultura - DC): Signor Presidente, signori consiglieri, prendo la parola per ribadire la diversificazione, con il mio intervento, rispetto all'altra parte della Giunta, e per citare alcune cose. Intanto, l'intervento dell'Assessore Zelger lo abbiamo constatato imbarazzato, specialmente per quanto riguarda gli insegnanti. Addirittura – e questa non è stata un'uscita felice – è dovuto ricorrere alla sua infanzia, in un periodo che non vogliamo assolutamente che si ripeta, per dire che l'italiano può anche non essere insegnato dagli italiani, e quindi il tedesco potrebbe anche non essere insegnato dai tedeschi. Ma proprio qui – l'ho detto in precedenza – noi troviamo una chiusura, troviamo delle difficoltà a sistemare gli insegnanti, in modo da dare loro una certezza giuridico-amministrativa di proseguire nel tempo il loro lavoro. Questo richiamo all'infanzia ed a questa possibilità, fa palese la difficoltà che ho già detto, cioè il gruppo di lingua tedesca, oggi, non è in grado, anche per motivazioni oggettive, ma che non possono cadere addosso e chi le subisce, di offrirci gli insegnanti che ci sono necessari. Allora, si deve rendere disponibile, non ciò che accadde negli anni '20, ma si deve rendere disponibile che si trovino soluzioni alternative di una certa efficacia e stabilità, perché negli anni in cui vi è l'obbligo, previsto dallo Statuto e dalle norme, si possa andare avanti.

Ancora un accenno: non so se questo corrisponda al pensiero di tutta la Südtiroler Volkspartei – mi riferisco all'ultima parte dell'intervento – quando non si parla più di società bilingue, ma si parla di bilinguismo adattato alle funzioni svolte, e Magnago dice solo per chi lo chiede, mentre qui si dice per tutti. Si cominciano a fare dei distinguo e certo non è poco interessante il dibattito che ne esce. È rimbalzato ancora, nell'intervento della rappresentante del Partito Comunista, la frammistione tra sperimentazione ed esperienza in atto e viene stigmatizzata questa circolare, molto chiara, perché nessuno può dire che vieti qualche cosa. Dice solo, dispiace che si dia strumentalmente questa interpretazione, che ciò che accade e vuole essere costruttivo, deve essere ragionato e presentato. Non è il caso che produca qualche cosa di efficace, ma è l'indagine ragionata, programmata e verificata. Questo non stava accadendo all'interno della scuola materna. Che poi io abbia detto che è vergognoso, non so chi l'abbia riferito, ma io non mi sono mai permesso di

usare queste parole, anzi! Dico che le esperienze in atto di seconda lingua sono interessanti, danno spunti di validità, ma non sono sperimentazioni e sono state spesso condotte da personale che non era professionalmente qualificato. Quindi, non potevano essere condotte come sperimentazione. È vero che il mio collega, e non la Giunta, ha presentato un progetto di sperimentazione, di cui la Giunta non era informata, e che volentieri avrei portato avanti, ma quando ho portato in Giunta la notizia, la Giunta mi ha vietato di portarlo avanti. Io vivo l'ambiguità di questo doppio ruolo: da una parte di convenzioni politiche ed impegno civile che debbo portare avanti, e dall'altra come amministratore di una Giunta a cui chi non partecipa a pieno titolo, è obbligato a dare esecuzione alle decisioni di Giunta. Non ho difficoltà a riconoscere questa diversità di ruoli, sapendo che anche essendo obbligato a rispettare una decisione, farò di tutto perché quella decisione rientri, senza strumentalizzazioni, senza manovre di opinione pubblica, ma dicendo chiaramente che si tratta o si tratterà, anche se avessimo ragione in futuro, di una esperienza limitata a casi che saranno minoritari, al fine di accertare se è possibile. Collega Zelger, se ciò fosse possibile, se dopo due o tre anni di sperimentazione si vedrà che è possibile, non occorre cambiare lo Statuto di autonomia, perché lo Statuto di autonomia dice che è obbligatorio dalla seconda elementare, ma gli enti, in questo caso la Provincia, possono fare anche cose che non sono obbligatorie, ma sono opportune, e quando sono richieste e sono state verificate, diventano anche legittime. Non legittime nel senso che discendono dalla legge, ma legittime nel senso che non essendo vietate dalla legge ed essendo attese dalla base e verificate dall'esperienza, possono essere condotte. Quindi, spazziamo il campo da questi spauracchi.

Ma dico di più: se proprio, ma ho già detto che non servirà, fosse necessario cambiare lo Statuto, ebbene si potrebbe anche cominciare a ragionare attorno a questo problema. L'Assessore Zelger sa però molto bene, come sappiamo tutti, che se si mettesse mano allo Statuto, non sarebbe solo questa la cosa da toccare. Ed allora rimaniamo nell'ambito delle leggi dello Statuto. L'esperienza da dieci anni a questa parte è talmente cambiata, che alcune cose potrebbero venire migliorate. È in questo senso che io parlo e mi guardo bene dall'introdurre elementi esterni a questo dibattito. Questa nostra opinione è confortata dal Consiglio di Stato, il quale, a prescindere dalle leggi - ha ragione il collega Zelger a questo punto - ha ammesso, ha riconosciuto l'opportunità di sperimentare, cioè di verificare per determinate finalità se qualche innovazione è corretta sotto il profilo scientifico ed è introducibile nella scuola. Ecco, quindi, che su questo argomento, su cui torneremo a dibattere, noi, anche come componenti di Giunta, crediamo di aver assunto una posizione estremamente chiara, oggettiva ed obiettiva.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente,

signori Colleghi! Il fatto che si debba poter replicare, mi consente, più che entrare nel merito di alcune questioni, che sono peraltro da apprezzare per la loro problematicità sollevata, di replicare evidentemente e innanzitutto in termini politici. Primo dato: un certo schieramento politico converge, un altro diverge. Mi sia permesso però di rilevare, come non avranno mancato di fare gli altri colleghi ascoltando le diverse posizioni, che ad esempio l'intervento del collega Ferretti, in qualità di rappresentante della Democrazia Cristiana, è stato più quello di chi ha teso a rigettare in quanto tale una proposta, diversamente, ad esempio, di un altro gruppo politico, in questo caso la Südtiroler Volkspartei, o se volete l'Assessore Zelger, il quale mi pare abbia con problematicità, quanto meno, espresso la sua posizione. Sicché noi rileviamo questo, per dire che evidentemente se queste articolazioni e queste posizioni non fossero emerse, si poteva dire che c'era strumentalità. Il fatto che abbiamo invece sollevato una questione sentita qui e altrove, conferma la ragione della nostra iniziativa, cari colleghi, in particolare quelli che hanno teso a dare loro interpretazioni per distanziarsi da eventuali passate o recenti responsabilità, non è esclusiva del Partito Comunista: c'è tanto posto, qui e altrove, per iniziative che portino allo stesso risultato. Prego, accomodatevi. Noi sappiamo che contro l'autonomia e contro la nostra istituzione gioca una chiusura antidemocratica di prevenzione, di rigetto, di tutto ciò che viene da un certo segno politico; questo è il dato che nuoce. Io sono convinto, ammesso che il Presidente del Consiglio provinciale accetti, che in questo Consiglio, stante l'attuale irresponsabile posizione di certe parti politiche, una mozione dei comunisti o di altre forze di sinistra passerà quando si dirà che domani è il giorno 20 ottobre 1979, se domani è il 20 ottobre. A questo punto siamo arrivati! Si nega la proposta, perché è dei comunisti; ma noi abbiamo la presunzione, fermo restando il rapporto di forza che non trascuriamo, di portare avanti le aspirazioni e gli interessi di vasti strati popolari, altrimenti non saremmo comunisti, e il consenso arriva indipendentemente dall'appartenenza etnica o politica. Questo è il dato che Voi dovete meditare. Io invito Ferretti subito a fare una discussione analoga a quella di oggi, pubblicamente, per invitare la popolazione e tutti coloro che sono interessati, a cogliere le diversità o le contraddizioni tra la nostra mozione e la petizione. Il cittadino che firma deve firmare su un obiettivo ben preciso e la ragione la deve comprendere. Si tratta di una formulazione adeguata. Il Consiglio provinciale sa che cosa si deve fare con la nostra mozione, e proprio perché noi non siamo presuntuosi e non riteniamo di avere la ricetta facile, pronta per tutto, diciamo che la Giunta provinciale deve esaminare il problema. Ed esaminare sappiamo come si fa: si consultano esperti, forze sociali, si parte da quanto già acquisito, dalle esperienze, dal dato che ci sono anni in cui si è accumulato un certo patrimonio, chiamiamolo così, purché ci si intenda, di sperimentazioni o di espe-

rienze finora sviluppatasi in diverse scuole materne. Questo è il dato, non altro: partiamo da una cosa acquisita e diciamo che la strada è comunque quella giusta, che è una strada imboccata da larghi strati di opinione pubblica. Invece par di notare, colleghi, - per brevità di tempo sono costretto a schematizzare - che invece, proprio perché si accusa il colpo, anziché fare politica lungimirante, ci si chiuda a riccio, si inventi la polemica, si inventino le cose che non sono, e allora si respinge capovolgendo il tutto, e magari si utilizza anche un'esperienza storica, che certamente non solo non va ripetuta, ma va fermamente condannata, per mettere in moto una sorta di logica del rimpallo, quando non addirittura delle recriminazioni. Non dobbiamo guardare indietro per aspirare, dobbiamo guardare indietro per tenerne conto, farne esperienza, patrimonio, memoria storica, ma per superare ed andare avanti. È stato ricordato più volte che un gruppo linguistico, una minoranza etnica schiacciata dal fascismo, dove si voleva impedire che si sviluppasse proprio il carattere della lingua e della cultura, giustamente sotto il fascismo ha attuato la „Katakombenschule“. Bene, a mali estremi, estremi rimedi; ma oggi siamo in un regime democratico e non è più il caso che i genitori si arroccino su loro esperienze, su proprie iniziative, magari di tasca loro fare una sorta di colletta per apprendere prima una seconda lingua. Mi permetto anche qui di sottolineare che questo problema, è vero che è sentito di più dal gruppo di madrelingua italiano ed è giusto anche dire questo, come è giusto ricordare che tutto ciò che va in questa direzione guai a noi se avesse il segno dello stemperamento dell'identità linguistica, etnica o culturale - ce ne guardiamo bene solo dal dirlo, dal farlo apparire; ci mancherebbe altro - però badate, cari colleghi, (ve la fornisco come informazione qualora non ne foste già al corrente) che alcuni nostri qualificati e seri compagni vengono avvicinati da cittadini di madrelingua tedesca, i quali per i loro bimbi sentono il bisogno di un arricchimento della conoscenza della seconda lingua, in questo caso quella italiana. Allora, attenzione a non creare della confusione per dire che il problema non esiste anche dall'altra parte. Allora come si fa? Lo si affronta serenamente. Anch'io mi guardo bene dal dire che me ne intendo di questioni giuridiche, ma so per sentito dire che in termini cosiddetti legislativi si usa ricordare che una cosa che non sia proibita, vuol dire che è consentita. Questo è stato detto: ciò che non è regolamentato non significa che sia proibito. E ancora: l'Assessore Benedikter, discutendo qui seppure nel modo che lui stesso ha tenuto a precisare, cioè che non è una discussione sulle norme di attuazione ecc., ha detto che nelle norme di attuazione noi cerchiamo di fare le cose secondo la lettera e possibilmente oltre. Bene, allora perché non si ritiene di andare oltre la lettera, raccogliendone però lo spirito per quanto concerne l'insegnamento della seconda lingua? Ecco un altro quesito che noi qui vogliamo sottoporre all'attenzione dei nostri colleghi.

Concludendo, noi riteniamo che siano ancora troppe oggi le ragioni e le valutazioni politiche di parte che portano a respingere queste attese delle popolazioni, di cui noi ci siamo fatti interpreti. C'è il timore che evidentemente attraverso una maggiore comprensione, a partire da quella linguistica, certi giochi non tornino o non si compiano più. È questo, io credo, l'elemento politico più di fondo, che comunque noi ribadiremo nel portarlo avanti, e dove appunto si tenta di erigere una trincea del no per cercare di respingerla. Noi - ripeto - andremo avanti nonostante certe cosiddette argomentazioni che di quando in quando sentiamo rilanciare: siamo in Giunta, non siamo in Giunta, programma o non programma. La cosa mi pare che sia avvertita sufficientemente e correttamente da parte e delle forze politiche e dell'opinione pubblica. La Giunta è quella che è e non ci sono scuse o altri argomenti che tengano; gli Assessori fanno gli Assessori, il Presidente della Giunta fa il Presidente della Giunta. Questa è la verità vera, nonostante le cose che si continuano a tirare fuori. Ringraziamo tutti i colleghi intervenuti nel dibattito, dei loro suggerimenti e osservazioni; ne terremo in debito conto, però proseguiremo con le nostre iniziative, sia consiliari, sia tra l'opinione pubblica, convinti del sostegno, della partecipazione, della forza, delle idee e degli argomenti di quanti tra la gente ritengono di sostenerci per queste e altre iniziative.

PRÄSIDENT: Wir kommen nun zur Abstimmung über den Beschlusantrag: der Beschlusantrag wird nun mit 7 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ich glaube, es steht jetzt nicht mehr dafür, angesichts der Tatsache, daß wir nur mehr eine Viertelstunde Zeit haben, einen neuen Tagesordnungspunkt zu beginnen. Wir lassen es deshalb bei der Behandlung dieses Beschlusantrages bewenden.

Die nächste Sitzung ist für nächsten Dienstag um 9 Uhr einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 13.45 UHR